

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



Gedenkkultur fördern und Rechtsextremismus bekämpfen!

Wer denkt, Verstöße gegen das Verbotsgesetz und Neonazismus seien in die Geschichtsbücher verdrängt worden, irrt gefährlich. In der ersten Jahreshälfte 2020 zeigten drei Zahlen, wie schlecht es um die österreichische Gedenkkultur und den Kampf gegen Rechtsextremismus steht.

Die Zahlen rechtsextremer Straftaten befinden sich seit dem Jahr 2015 auf einem Dauerhoch. Alleine von 2018 auf 2019 ist die Zahl der Anzeigen nach dem Verbotsgesetz stark angestiegen, konkret von 877 auf 1.037. Die meisten rechtsextremen Delikte und auch die meisten Anzeigen nach dem Verbotsgesetz gab es in Oberösterreich. Diese Zahl alleine, wäre bereits Anlass für eine breite gesellschaftliche Strategie über Rechtsextremismus-Prävention und Gedenkarbeit.

Fehlendes historisches Wissen

Schockierende Zahlen zur politischen und historischen Bildung veröffentlichte kürzlich die Arbeiterkammer Wien. So zeigt die Studie, die vom Zentrum für Politische Bildung durchgeführt wurde, dass 81 Prozent der SchülerInnen den Begriff Antisemitismus nicht definieren können. Nur 20,3 Prozent der AHS-SchülerInnen und nur 2,9 Prozent der SchülerInnen Polytechnischer Schulen wissen, worum es sich bei dem Novemberprogramm im Jahr 1938 handelt. Solche Ergebnisse sind erschütternd.

Gedenkstätten-Besuche

Gedenkstätten müssen in Österreich schaffen, was Schule, Justiz- und Innenministerium nicht schaffen. Wie aus meinen parlamentarischen Anfragen hervor geht, werden rechtsextreme Straftäter regelmäßig als Teil ihrer Strafe in Gedenkstätten geschickt, um sie eines Besseren zu belehren.

Und auch im Bereich der Rechtsextremismus-Prävention ist eine angestrebte Maßnahme ein Besuch in der Gedenkstätte Mauthausen. Aber weder wird ein, wenige Stunden dauernder, Besuch einer Gedenkstätte die allermeisten rechtsextremen Straftäter von ihrem Weltbild abbringen, noch reicht so ein Besuch aus, um SchülerInnen nachhaltig und umfassend über die Verbrechen des Nationalsozialismus und seine Ideologie zu informieren oder rechtsextreme Einstellungen zu verhindern. Schulen tragen eine große Verantwortung, dass junge Menschen ein Bewusstsein für die Ereignisse der NS-Zeit entwickeln, gerade auch vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen. Um zu gewährleisten, dass autoritäre Tendenzen, die im Schulalltag erkannt werden, braucht es eine Evaluierung des Lehrplans, genügend Zeit, Ressourcen und LehrerInnenfortbildungen im Bereich politische Bildung, ausreichend Finanzierung von schulexterner Bildungsarbeit, SozialarbeiterInnen als Vertrauenspersonen in Schulen. Aber auch die Politik ist gefragt: in Österreich fehlt ein Rechtsextremismus-Bericht, eine Ausstiegsgleitung für rechtsextreme Jugendliche und eine Sozialpolitik, die Rassismus, Antisemitismus und autoritären Einstellungen keinen zusätzlichen Nährboden bieten.

Umgang mit den Gedenkstätten

Vor dem Hintergrund, wie viel Gedenkstätten aus Perspektive der österreichischen Justiz und des Bildungsministeriums leisten müssen, ist der Umgang Österreichs mit seinen entsprechenden Gedenk- und Lernorten fahrlässig. Denn: seit dem Jahr 2013 sind 107 Fälle von Schändungen von Gedenkstätten in Österreich polizeilich bekannt geworden sind, davon 22 an der Gedenkstätte Mauthausen. Die hohe Anzahl von Gedenkstätten-schändungen ist ein alarmierendes Signal. Aber auch der schleppende Ausbau der Gedenkstätte Gusen ist Sinnbild für Österreichs Gedenkpolitik. Gusen ist das größte Außenlager des KZ Mauthausen gewesen.



Genossin Sabine Schatz leistet als SPÖ-Bereichssprecherin für Erinnerungskultur wichtige antifaschistische Arbeit im Parlament

Die Flächen des ehemaligen Lagers wurden bald parzelliert und eine Wohnsiedlung entstand auf dem Gelände. Heute erinnert an die Verbrechen, die dort begangen wurden, nur noch jene kleine Gedenkstätte rund um den erhaltenen Krematoriumsofen, die ehemaliger Häftling gemeinsam errichteten um das Vergessen zu kämpfen. Eine Machbarkeitsstudie, die das Stollenwerk leider nicht umfasst, prüfte nun, die Möglichkeiten, Grundstücke anzukaufen um in Gusen eine Gedenkstätte zu errichten. Ob der Ankündigungen der Regierung Taten folgen werden, bleibt abzuwarten, denn: bisher ist dafür nichts budgetiert. Aber alleine das Konzentrationslager Mauthausen hatte 49 Außenlager, ganz zu schweigen von anderen Terrorstätten des NS-Regimes in ganz Österreich. Nur wenige davon sind heute noch sichtbar. Wo es Gedenkort gibt, ist es vor allem dem großen Engagement lokaler Gedenkinitiativen zu verdanken. Wer den Gedenkstätten eine gewichtige Rolle in der Rechtsextremismus-Prävention zusprechen will, der muss auch dafür sorgen, dass die Gedenkstätten ausgebaut werden und gut finanziert sind.

Sabine Schatz ■

Für unsere KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen

Die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen ist neben unserem antifaschistischem Engagement das wichtigste Anliegen der sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, von uns besucht.

Insgesamt entfällt im Durchschnitt gut ein halber Tag pro Woche auf diese, natürlich ehrenamtliche, Betreuung. Die Bedeutung von Anrufen und Hausbesuchen bestehen darin, durch persönliche Gespräche der Vereinsamung der Opfer entgegenzuwirken. Da alle Betreuten schon sehr betagt sind, kümmern wir uns vor allem um ihre gesundheitliche Lage und finanziellen Anliegen. Dabei konnten wir zum Beispiel schon oft Hilfestellung für eine Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung des Pflegegeldes geben.

Ein besonderes Anliegen sind uns

Beratung und Hilfestellung für die Zuerkennung beziehungsweise die Erhöhung von Opferrenten aufgrund haftbedingter Gesundheitsschäden.

Genosse Peter Weidner begleitet die KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen auch ins Sozialministeriumservice (vormals Bundessozialamt und noch früher Landesinvalidenamt), um dort mit ihnen um einen Parkausweis nach § 29 b anzusuchen und begleitet sie zum ärztlichen Sachverständigen. Diese § 29 b-Parkausweis-Bestimmungen gelten auch für Lenkerinnen und

Lenker von Fahrzeugen, während sie einen Menschen, der diesen Ausweis besitzt, befördern.

Auch bei der Befreiung von Gebühren für Rezepte und Rundfunk sowie der Telefongrundgebühr konnten wir schon oft helfen, ebenso bei der Eintragung des Freibetrages aufgrund des Vorliegens eines Opferausweises oder einer Amtsbescheinigung. Von den von uns Betreuten beziehen viele eine Ausgleichszulage. Für sie wird jedes kaputt gegangene Haushaltsgesamt, jede neue Brille oder gar ein Zahnersatz zum großen finanziellen Problem.

Information zur Opferfürsorge

Die folgend angeführten Einkommen sind monatliche Nettobeträge. Außer Betracht bleiben dabei Rentenleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz, Pflegegelder und Unfallrenten, wenn behinderungsbedingte Mehraufwendungen nachgewiesen werden.

Die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxifonds Opferfürsorge wurden ab 1. Jänner 2020 wie folgt erhöht.



Die Verbände der politischen NS-Opfer kämpften ab Ende der 40er-Jahre um die Entschädigung für Haftzeiten. Diese wurde 1952 im Opferfürsorgegesetz vorgesehen.

Für **Aushilfen**: Einzelpersonen 1.738 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.419 Euro, Erhöhungsbeitrag pro unterhaltsberechtigtem Kind 341 Euro.

Peter Weidner ■

Bei allen Fragen steht Ihnen **Peter Weidner** telefonisch unter 0664/533 88 29 oder per E-Mail (p.weidner@aon.at) mit Rat und Tat zur Seite. Er besucht Sie auch zu Hause, berät Sie, füllt mit Ihnen Formulare aus und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter.

Folgende wichtige Änderungen sind mit 1. Jänner 2020 in Kraft getreten:

Finanzielle Aushilfen für Heilfürsorgeleistungen (wie Zuschüsse für Zahnkronen und Brücken, Hörgeräteversorgung, Krankenbetten und Krankenfahrstühle, Sehhelfer und Brillen, orthopädische Schuhe, sonstige Heilbehelfer und Hilfsmittel, psychotherapeutische Behandlungen, Wahlarztkosten) **können nicht mehr beantragt werden!**

Dafür wird die jährliche finanzielle Aushilfe von 900 auf 1200 Euro erhöht!

Zwischen der Zuerkennung dieser Aushilfe musste bis Ende 2019 grundsätzlich der Zeitraum von einem Jahr liegen. Sie kann aber für 2020 sofort beantragt werden.

Wir gratulieren: April bis Juni 2020

100. Geburtstag: Bock Susanne, Wien. **97. Geburtstag:** Wessely Gertrude, Eisenstadt. **96. Geburtstag:** Focke Franz, Wien. **94. Geburtstag:** Prammer Anna, Linz; Siczkowsky Anna, Wien. **93. Geburtstag:** Bauer Otto, Wien. **92. Geburtstag:** Jukl Maria, Leonding-Doppl; Kalod-Födinger Margareta, Seewalchen am Attersee; Kalauner Alwis, Wien. **91. Geburtstag:** Humitsch Hubert, Klagenfurt; Mlnarik Adolf, St. Pölten; Pilar Alfred, Wien. **90. Geburtstag:** Derflinger Maria; Steyr; Harant Eduard, Kosar Hans, Lanc Erwin, Wien. **85. Geburtstag:** Schwarzinger Willibald, Retz; Sindl Alfred, St. Pölten; Bernegger Paul, Kohlbacher Alfred, Wien. **80. Geburtstag:** Türk Helmuth, Attnang Puchheim; Decker Hannelore, Bad Hall; Winkler Werner, Innsbruck; Sendner Franz, Linz; Grasel Ingeborg, Markt Piesting; Damböck Anton, St. Georgen; Bichler Rudolf, St. Pölten; Albrecht Franz, Bazant Oswald, Dobnik Ulrich, Franz Johann, Lahl Edith, Lustig Gerhard, Mrkvicka Franz, Najmann Hedwig, Ring Erika, Schaffer Kurt, Schaffer Renate, Springer Margarete, Vogelsinger Helga, Waberer Leopold, Winter Gertrude, Wien; Stippel Johann, Wr. Neustadt. **75. Geburtstag:** Ulz Gerhard, Graz; Scholz Antony, Kainbach bei Graz; Affenzeller Gusti, Linz; Tischberger Ignaz, Mauthausen; Ruess Rolf, Mödling; Auer Helene, Oberwaltersdorf; Lettner Harald, Salzburg; Wernard Günter, Schwaz; Bettelheim Alex, Eibicht Fritz, Pannosch Friedrich, Pözlner Adolf, Rozsenich Anton, Steininger Brigitte, Zelinka Rosemarie, Wien.

Richard Wadani – ein aufrechter Antifaschist!

2015 erschien die Biografie Richard Wadanis „... und da habe ich gesprochen als Deserteur“. Bei einer Veranstaltung zum Buch im Kreis-ky-Forum fragte ich den damals 93-jährigen Richard Wadani, was er gegenwärtig besonders vermisste. Er überlegte nicht lange und antwortete: „Den politischen Kampf auf der Straße“. Alle Anwesenden wussten, er meinte es genauso wie er es sagte und wie es seinem Leben im Kampf für die Gerechtigkeit entsprach.

Konfrontationen hat **Richard Wadani** nie gescheut, auch nicht wichtige Schritte zu setzen und sich gut auf alle Eventualitäten vorzubereiten. Als Sohn sozialdemokratisch geprägter österreichischer Eltern wuchs der 1922 geborene Richard Wadani in Prag auf. Als es 1938 zum „Anschluss“ kam, musste Wadani mit seiner Mutter und seinem Bruder nach Wien, die Eltern hatten sich bereits in Prag getrennt, die Wadanis galten nun als Deutsche. In Wien angekommen, begann der 16-jährige Richard in einer Isolierfirma zu arbeiten. Dort gab ihm ein ehemaliger Schutzbündler den Rat sich freiwillig zur Wehrmacht zu melden, denn würde er dies nicht tun, käme er zur Infanterie und wäre Kanonenfutter. Wadani befolgte den Rat und meldete sich zur Luftwaffe, für die er ab Oktober 1939 als Fahrer und Mechaniker tätig war.

Seine Mutter gab ihm und seinem älteren Bruder ein weißes Taschentuch mit, das er immer bei sich trug, denn für die Wadanis war von Anfang an klar, sie würden bei erster Gelegenheit desertieren: Nach einem gescheiterten Versuch an der Ostfront 1942 gelang es ihm 1944 an der Westfront. Wadani wollte zu einer österreichischen Einheit in der britischen Armee, da es eine solche aber nicht gab, erlebte er das Kriegsende als Soldat der Tschechischen Exilarmee. Bis es soweit war und er desertieren konnte, tat Richard Wadani sein Möglichstes, um die sowjetische Zivilbevölkerung und Partisanen aktiv zu unterstützen.

Als durch und durch politischer Mensch engagierte sich Richard Wadani wo immer er konnte.

Im Nachkriegsösterreich setzte er sein politisches Engagement fort und sollte Geschichte schreiben. Zu Wadanis Weggefährten und Freunden



Hugo Pepper und Richard Wadani beim Podiumsgespräch „Störenfriede der Erinnerung“. Verfolgte der NS-Militärjustiz berichten.

gehörte auch Hugo Pepper, der von 1992 bis 1995 Vorsitzender des **Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen** war.

Seit den Fünfzigerjahren stand an Richard Wadanis Seite seine Ehefrau Linde, die Tochter des **Widerstandskämpfers Franz Bair**. Lindes unermüdliche Unterstützung war Grundlage für Richard Wadanis immensen Kampfgeist. 2002 gründete er das Personenkomitee „**Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz**“ dessen Sprecher er bis 2008 war.

2007 wurde Richard Wadani als ersten österreichischen Wehrmachtsdeserteur das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs verliehen. Ein mühsam erkämpfter Schritt, dem – nach Jahren politischer und gesellschaftlicher Konfrontation – noch weitere wichtige Etappen folgen sollten: 2009 das sogenannte Anerkennungs- und Rehabilitierungsgesetz für die Verfolgten der NS-Militärjustiz, für das Wadani mit größtem Einsatz gekämpft hat, und 2014 die Enthüllung des Denkmals für Deserteure am Ballhausplatz vor dem Bundeskanzleramt in Wien. Richard Wadani erzählte mir in einem Interview, dass er bei der Denkmalsenthüllung gefragt wurde, ob man auch verzeihen und vergessen kann. Er antwortete: „Nein, weder vergessen noch verzeihen. Wie kann man vergessen und verzeihen, wenn man sechzig Jahre seines

Lebens diskriminiert wurde? Wenn Deserteuren jahrelang die Zeiten für die Pensionsberechnung nicht anerkannt wurden, aber Beamte, die dem Naziregime treu gedient haben, keinerlei Nachteile hatten? Wenn nicht wenige Spätheimkehrer, die im Osten zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt wurden, nach ihrer Rückkehr in Österreich bevorzugt behandelt wurden? Wenn Bewachungspersonal in Konzentrationslagern die vollen Ansprüche erhielten? *Wie kann man da vergessen und verzeihen?*“

Am 18. November 2017 wurde Richard Wadani auf der Bundeskonferenz der FreiheitskämpferInnen mit der Rosa Jochmann-Plakette geehrt. Genosse Peter Weidner hielt die Laudatio auf Richard Wadani, der in seinen beeindruckenden Dankesworten unter anderem von Begegnungen mit Rosa Jochmann und Paula Wallisch nach dem Februar 1934 berichtete. Richard Wadani starb am 18. April 2020 im 98. Lebensjahr. Einen Tag vor dem 63. Hochzeitstag mit seiner Ehefrau Linde.

Evelyn Steinthaler hat Richard Wadani für ihr Buch „Wien 1945“ interviewt und Veranstaltungen zu seiner Biografie moderiert, wie die eingangs erwähnte im Kreis-ky Forum.

Evelyn Steinthaler ■

Arge erinnert an Unabhängigkeitserklärung

Am 27. April 1945, also noch vor dem offiziellen Ende des Zweiten Weltkrieges, proklamierten auf der Rampe des zerbombten Parlaments in Wien die Politiker **Karl Renner, Adolf Schärp, Leopold Figl** und **Johann Koplenig** die Wiederherstellung der demokratischen Republik Österreich. In Erinnerung an dieses für unsere Heimat bedeutende Ereignis legten die Vertreter der in der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände und WiderstandskämpferInnen zusammengeschlossenen drei Organisationen in der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofes einen Kranz nieder. 2013 wurde die Begräbnisstätte der im Wiener Landesgericht zu Hunderten hingerichteten Frauen und Männer des Widerstandes zur „Nationalen Gedenkstätte“



Ulrich Garscha

V.l.n.r.: Winfried R. Garscha, Gerhard Kastelec, Gerald Netzl

erhoben. Diese politischen, religiösen und weltanschaulichen AktivistInnen waren eine wesentliche Grundlage für das Wiedererstehen unserer Heimat Österreich. An diese Opfer muss immer wieder erinnert und dankbar gedacht werden.

Eine große Feier in der Gruppe 40 mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen musste wegen der Corona-Pandemie leider abgesagt werden. Das Staatsoberhaupt legte im Weiheraum des Äußeren Burgtores einen Kranz nieder.

Anstelle eines Staatsakts der Republik hielt Bundeskanzler Sebastian Kurz eine fünfzehnminütige Rede, die der ORF live übertrug. Gäste gab es keine. Die Rede überraschte nicht: Gefühle zwei oder drei Minuten bezogen sich auf den historischen Anlass, den weit überwiegenden Teil der Zeit sprach Kurz über die Corona-Krise und die Maßnahmen der Bundesregierung. Eine glatte Themenverfehlung. Es sollte jedoch nicht die einzige Enttäuschung an diesem Tag bleiben, denn die Bundes-SPÖ, immerhin eine der drei Gründungsparteien der Zweiten Republik, brachte nicht mehr zusammen als eine Pressemitteilung. Gerald Netzl ■

KZ-Gedenkstätte Mauthausen verzeichnete Besuchs-Plus

Insgesamt 288.670 Besucherinnen und Besucher kamen im Jahr 2019 in die KZ-Gedenkstätten Mauthausen und Gusen. Das entspricht einer Steigerung von rund 15.000 Personen im Vergleich zum Vorjahr. Das Interesse an den Gedenk- und Erinnerungsorten Mauthausen und Gusen ist ungebrochen und drückt sich Jahr für Jahr in stetig steigenden Zahlen aus.

Insgesamt 4.246 Gruppen (3.955 im Jahr 2018) nutzten eines der vielen Vermittlungsangebote. Die Gedenkstätte Mauthausen versteht sich als internationaler Gedenkort und vor allem auch als Lernort für historisch-politische Bildung. Besonderes Augenmerk wird auf SchülerInnen und Schüler aus dem In- und Ausland gelegt. Insgesamt mehr als



DÖW

Die Verbände der politischen NS-Opfer kämpften ab Ende der 40er-Jahre um die Entschädigung für Haftzeiten. Diese wurde 1952 im Opferfürsorgegesetz vorgesehen.

70.000 wurden im vergangenen Jahr betreut.

Rund 80 Vermittlerinnen und Vermittler begleiten Schulklassen bei ihrer Auseinandersetzung mit den ehemaligen NS-Verbrechensorten. Von den 56.282 inländischen SchülerInnen und

SchülerInnen kamen die meisten aus Oberösterreich (13.915), Wien (13.108) und Niederösterreich (9.948). „Die wachsenden Besucherzahlen und das Interesse an unserer Arbeit ist für uns Wertschätzung und Verpflichtung gleichermaßen“, sagt Barbara Glück, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Viele Menschen würden sich abseits von Halbwahrheiten und marktschreierischen Überschriften nach faktenorientierten historischen Informationen sehnen und das breit aufgestellte pädagogische Vermittlungsangebot der Gedenkstätte schätzen. „Ein Kernelement unseres pädagogischen Konzepts ist die Frage nach der Relevanz der Geschehnisse an diesem einst so dunklen Ort für das Heute und damit für die Lebensrealitäten unserer Besucherinnen und Besucher“, sagt Glück. Umso bedauerlicher ist, dass die für 10. Mai 2020 geplante Internationale Befreiungsfeier aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie abgesagt werden musste. www.mauthausen-memorial.org Gerald Netzl ■

Gedenken an 75 Jahre Befreiung in Oberösterreich

8. Mai 2020, in Linz, Lager 3 (bei der heutigen VOEST) : Wie jedes Jahr organisierten die oberösterreichischen FreiheitskämpferInnen gemeinsam mit dem KZ-Verband/VdA OÖ eine Kranzniederlegung für die Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände am Denkmal des ehemaligen Außenlagers des Konzentrationslagers Mauthausen, in Linz 3, bei der heutigen VOEST.

10. Mai 2020, Mauthausen: Eine kleine österreichische Delegation zog mit einer rot-weiß-roten Fahne an der Spitze durchs Lagertor auf den Appellplatz ein und legte einen Kranz der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen, der oberösterreichischen FreiheitskämpferInnen, des KZ-



CREDIT: FK OÖ

V.l.n.r.: Eva Reiter, Nina Andree, Samuel Puttinger und Helga Buchinger

Verband/VdA OÖ sowie Nelken nieder. An der österreichischen Delegation auf dem Appellplatz beteiligten sich neben den oberösterreichischen FreiheitskämpferInnen der KZ-Verband/VdA OÖ und die KJÖ, die Sozialistische Jugend OÖ sowie die PdA.

Anschließend gedachten die oberösterreichischen FreiheitskämpferInnen gemeinsam mit Genossinnen und Genossen der Sozialistischen Jugend OÖ unserem ermordeten Genossen Richard Bernaschek. Er wurde am 18. April 1945 (also noch kurz vor Kriegsende und der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen am 5. Mai) ermordet.

10. Mai 2020, Ried in der Riedmark: Auch am Denkmal in Ried in der Riedmark wurde in Erinnerung an den Ausbruch der sowjetischen Offiziere aus dem Mauthausener Todesblock und der folgenden grausamen so genannten „Mühlviertler Hasenjagd“ gedacht und von der Delegation der oberösterreichischen FreiheitskämpferInnen und vom KZ-Verband/VdA OÖ Kränze und Blumen niedergelegt. Samuel Puttinger ■



Ge – DENK – Orte

In den Monaten April und Mai konnten viele Gedenkfeiern – coronabedingt – nur virtuell stattfinden. Auch die für Mai 2020 geplante IM-MER Jubiläums-Gedenkreise nach Minsk/Maly Trostinec musste abgesagt werden.

Heuer hätten dabei erstmals nicht nur in Maly Trostinec, sondern auch in Baranowitschi gemeinsam mit anderen Mitreisenden Namensschilder für die von den Nazis Ermordeten aus Österreich angebracht werden sollen. Mehr oder weniger zufällig war dieser Bahnknotenpunkt am 31. Juli 1942 zum Todesort für 999 Deportierte geworden: Der Zug, der am 28. Juli 1942 aus Theresienstadt abgefahren war, hätte sie nach Maly Trostinec bringen sollen, um sie dort im Wäldchen Blagowschtschina zu ermorden. Aber als der Zug unterwegs war, stellte sich heraus, dass es am Tag seiner Ankunft in Maly Trostinec keine „freien Tötungskapazitäten“ mehr geben würde, da das Minsker Sonderghetto „geräumt und die dort noch Lebenden sofort liquidiert werden mussten“. So befahl man dem Zugführer einen ursprünglich nicht geplanten Stopp und erschoss die Menschen in Baranowitschi, 145



Gedenkstätte Baranowitschi

km vor Maly Trostinec. Unter den Ermordeten war Sara Sommerstein, geboren am 7.10.1873. Sie hatte im Spital und Altenheim der IKG Wien – in meinem Heimatbezirk, dem Alsergrund – in der Seegasse 9 gelebt, bevor sie am 29.6.1942 von Wien nach Theresienstadt und einen Monat später von dort nach Baranowitschi deportiert und erschossen worden war.

Corona zwingt mich heuer mehr denn je, über die Willkürlichkeit des Ortes für Verbrechen nachzudenken. Wie wichtig ist es, in Baranowitschi ein Schild für Sara Sommerstein aufzuhängen? Es würde dort ziemlich vereinzelt hängen. In Maly Trostinec, dem eigentlich für sie vorgesehenen Todesort, würde es Teil des vom Verein

IM-MER in den letzten 10 Jahren erschaffenen „Österreichischen Wald der Erinnerung“ werden. Wir könnten ihr Schild neben jenes von Alfred Grab hängen, auch er hatte – wie viele andere in Maly Trostinec Ermordete – in der Seegasse 9 gelebt. Der Österreichische Wald der Erinnerung, ursprünglich nur für Ermordete aus Österreich und die Namensschilder des Vereins IM-MER gedacht, ist Impuls gebend für andere; Namensschilder erinnern jetzt auch an Opfer aus Tschechien, Deutschland, Polen u.a. Viel zu weit weg von ihrer Heimat?

Denn entscheidend ist: Die Ermordung von Sara Sommerstein in Baranowitschi oder von Alfred Grab in Maly Trostinec und den vielen Tausend anderen war der Endpunkt des Verbrechens. Das Verbrechen selbst war der Abschluss aus der Gesellschaft, zu der sie gehört hatten. Gedenkorte müssen uns mit der Frage konfrontieren: Was haben jene, die damals in unmittelbarer Nähe lebten, von den Verbrechen gesehen, was unternommen, um die Verbrechen zu verhindern? Und ob wir heute genug unternehmen, um jenen zu helfen, die jetzt unsere Hilfe für ihr Überleben benötigen oder ob wir zuschauen, wenn Menschen das Recht, mit uns und unter uns zu leben, abgesprochen oder verweigert wird.

Waltraud Barton ■

Gedenken an die NS-Opfer in Krems

Justizministerin Alma Zadić besuchte gemeinsam mit dem Kremser Bürgermeister Reinhard Resch die Justizanstalt Stein, um der NS-Opfer und der „Kremser Hasenjagd“ zu gedenken.

Aufgrund von Covid-19 mussten heuer alle größeren Gedenkkundgebungen für die NS-Opfer in Krems und Umgebung abgesagt werden. Seitens der ARGE der Opferverbände waren jedoch der NÖ Landesvorsitzende und der Kremser Bezirksvorsitzende der Freiheitskämpfer anwesend.

Seit 2014 gedenkt die Stadt Krems jährlich den Ereignissen in der Justizanstalt Stein und Umgebung, bei denen im April 1945 die größten Massaker zu Kriegsende stattgefunden haben. Heuer musste die geplante Veranstaltung aufgrund der Covid-19 Bestimmungen abgesagt werden. Um den Gedenktag aber entsprechend zu würdigen, fand nun eine Kranzniederlegung auf Initiative von Justizministerin Alma Zadić statt. Mit dabei war neben dem Leiter der Justizanstalt Stein, Christian Timm, dem Generaldirektor für Strafvollzug Friedrich Alexander Koenig auch Bür-



Justiz-Generaldirektor Friedrich Alexander Koenig, Bürgermeister Reinhard Resch, Leiter der Justizanstalt Stein Christian Timm, Justizministerin Alma Zadić, Anton Heinzl und der Kremser FreiheitskämpferInnen-Bezirksvorsitzende GR Mag. Klaus Bergmaier als Vertreter der ARGE der Opferverbände

germeister Reinhard Resch. „Das Massaker von Stein gehört zu den dunkelsten Kapiteln unserer Stadt. Das dürfen wir niemals vergessen. Es ist ein Auftrag, mutig unsere Demokratie, Frieden, Sicherheit und Freiheit zu schützen!“, hielt er in seiner Ansprache fest.

In der Gedenkrede von Justizministerin Alma Zadić rief sie das düstere Kapitel und die erschreckenden Ereignisse vom 6. und 7. April 1945 in Erinnerung. Damals entließ die Leitung des Zuchthauses Stein mehr als 200 Häftlinge. Naziregimetreue Aufseher widersetzten sich der Anstaltsleitung und konstruierten eine angebliche „Revolte der Häftlinge“. Sie verfolgten die

Freigelassenen in der sogenannten „Kremser Hasenjagd“. Die meisten Entlassenen wurden unter Mithilfe der Hitlerjugend, der Gendarmen und des Volkssturms aufgegriffen und ermordet. Auch der Anstaltsleiter sowie zwei weitere Justizwachebeamte wurden ohne Verfahren hingerichtet. „Die Opfer mögen uns eine Mahnung sein, nicht zuzulassen, dass Hass und Rassismus gesellschaftlich toleriert werden. Es liegt in unserer Verantwortung, aus der Vergangenheit zu lernen und entsprechend zu handeln“, so die Justizministerin.

Bürgermeister Reinhard Resch, übrigens Träger der Rosa-Jochmann-Plakette, schloss seine Rede mit den Worten: „*Treten wir laut und konsequent ein für unsere liberale Demokratie, für unsere Werte, für eine Gesellschaftsform und eine Haltung, die für Frieden, Sicherheit und Freiheit stehen! Das ist nicht so populär, und es erfordert sehr oft Mut. Leben wir und zeigen wir diesen Mut! Und machen diese Haltung populär! Damit wir Freiheit und Frieden auch verdienen!*“

Die Kranzniederlegung fand am Schauplatz der damaligen Ereignisse, in der Justizanstalt Stein, statt. Diese ist auch heute eine allgemeine Strafvollzugsanstalt in Krems an der Donau mit 842 Haftplätzen.

Klaus Bergmaier ■



Gedenken an die Partisanen am Leopoldsteinersee

Bereits im Oktober 2019 kam es in Eisenerz, unweit des Schloss Leopoldstein und des 1948 errichteten Denkmals für jüdische Nationalsozialismus-Opfer, zur Enthüllung einer Gedenktafel. Errichtet wurde dieses Denkmal zu Ehren des antifaschistischen Widerstandskämpfers Heinrich Kohnhauser, sowie in Gedenken an alle Partisaninnen und Partisanen die in der „Österreichischen Freiheitsfront (ÖFF)“ entlang der steirischen Eisenstraße kämpften.

Christian Ehretreiber



V.l.n.r.: Wolfgang Schwarz, Christine Holzweber, Heimo Halbrainer und Werner Anzenberger

Die Veranstaltung rund um die Enthüllung des Mahnmals wurde gemeinschaftlich initiiert von unserem Verein, den FreiheitskämpferInnen, dem KZ-Verband österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus und der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich in Zusammenarbeit mit der Stadtgemeinde Eisenerz. Gestaltet wurde die Tafel, „**Zeitgeschichte erwandern – Widerstand in den Bergen**“, vom früheren Professor für Geschichte am BG Leoben, Wini Hofer.

Neben Begrüßungsworten der Eisenerzer Bürgermeisterin Christine Holzweber und einer vielseitigen musikalischen Umrahmung, wurden bei der Feier auch Erinnerungsworte von Peter Filz, über seinen Vater, den verstorbenen Par-

tisanen Sepp Filz, mit den Gästen geteilt. Sogar Vorfahren von Heinrich Kohnhauser erwiesen ihrem Vater, Großvater und Urgroßvater die Ehre und wohnten der Feier bei. Die Gedenkansprache zu Ehren aller obersteirischen WiderstandskämpferInnen, insbesondere des in Eisenerz getöteten Heinrich Kohnhauser, wurde vom Landesvorsitzenden des Bundes, Werner Anzenberger, gehalten.

Die PartisanInnen waren KämpferInnen, welche Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Österreich übten. Immer wieder versuchten sie in den Bergen um die Eisenstraße – vor allem also im Hochschwabmassiv und den Eisenerzer Alpen – auch militärischen Widerstand gegen das Naziregime zu leisten. Wiederholt setzten sie unerschrocken zahlreiche Sabotageakte gegen die nationalsozialis-

tische Besatzung Österreichs. Getragen wurden sie dabei von dem Ziel den Krieg zu verkürzen und die nationalsozialistischen Kräfte in Österreich zu binden. Nicht in Vergessenheit geraten darf auch das Netzwerk von UnterstützerInnen. Diese mutigen BürgerInnen, darunter auch zahlreiche Frauen, gewährten den Widerstandskämpfern Unterschlupf und Verpflegung. Damit leisteten die HelferInnen nicht nur eine wertvolle Unterstützung, sondern setzten sich auch großer Gefahr aus, die nicht selten mit Folter, Verschleppung in ein Konzentrationslager oder der Tötung durch die NS-Soldaten endete.

Heinrich Kohnhauser, dessen Partisanenname „**Heina**“ war, zählte zu diesen unerschrockenen Kämpfern. Am 1. Dezember 1944 kam es jedoch zu einem Gefecht, welches Kohnhauser das Leben kosten soll-

te. Der Eisenerzer Jäger Sonnleitner führte die Eisenerzer SS-Schutzpolizei entlang einer frischen Spur die er im Schnee entdeckte direkt zum Versteck von Kohnhauser und dessen Partisanen Mitkämpfern. Bei der zum Bunker ausgebauten Höhle im kleinen Kollmannstock, in der sich die Männer verborgen hielten, kam es schließlich zum verhängnisvollen Feuergefecht mit den NS-Verbänden. „Heina“ wurde dabei von Felix Roithner kaltblütig mit einem Schuss in die Brust ermordet. Besonders tragisch dabei erschien, dass sich Kohnhauser zum Zeitpunkt seiner Erschießung bereits ergeben hatte und entwaffnet war. Über Roithner wurde wegen der Ermordung Kohnhausers im Jahre 1950 zwar die Untersuchungshaft verhängt, zu einer Verurteilung kam es unverständlicher Weise jedoch nie. Dem **Partisanenführer Sepp Filz**, auch „**Josch**“ genannt, gelang an jenem Tag schwer verletzt gemeinsam mit dem **Widerstandskämpfer Max Muchitsch**, auch „**Ferdl**“ genannt, die Flucht aus dem Bunker durch Schnee und Kälte. Die beiden Partisanen konnten so der Gefangennahme entgehen.

Anzenberger betonte in seiner Rede u.a. die Wichtigkeit eines Netzwerkes, wie jenes der veranstaltenden Opferverbände. Durch eine derartige Zusammenarbeit konnten entlang der steirischen Eisenstraße bereits zahlreiche Projekte verwirklicht werden. Besonderen Dank richtete Anzenberger dabei an Wolfgang Schwarz, Landesobmann ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, sowie an Heimo Halbrainer, Obmann KZ-Verband österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus.

Die Veranstaltung zu Ehren der obersteirischen Partisanen, welche auch durch eine solche Zusammenarbeit entstand, zeigte eindrucksvoll das große Interesse der zahlreich erschienen BesucherInnen an der „neuen Erinnerungskultur“ und wie wichtig es ist, immer wieder ein Zeichen gegen das kollektive Vergessen und Verdrängen zu setzen.

Werner Anzenberger ■

75 Jahre Befreiung von Linz

Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen mit Bürgermeister Klaus Luger: „Niemand vergessen – auch nach 75 Jahren dient das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus den Lebenden zur Mahnung!“

Am 5. Mai 1945 endete nach sieben Jahren die nationalsozialistische Diktatur in Linz. Die Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen – der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und der KZ-Verband/Verband der AntifaschistInnen – gedachten ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende der größten Katastrophe des 20. Jahrhunderts gemeinsam mit Bürgermeister Klaus Luger der Befreiung der Stadt von der Nazi-Diktatur. Beim im Jubiläums-Gedenkjahr 1988 von den drei Opferverbänden errichteten Mahnmal zu Ehren der Opfer des Nationalsozialismus wurden zwei Kränze niedergelegt: einer für die Opferverbände und einer für die Stadt Linz. Anlässlich der Kranzniederlegung erklärte Bürgermeister Klaus Luger, dass die im November 2019 vorgestellten Erinnerungszeichen für die NS-Opfer in Linz, deren Fertigstellung durch das Corona-Virus verzögert wurden, bis Herbst dieses Jahres umgesetzt werden.

Nach dem 2. Weltkrieg gründeten ehemalige WiderstandskämpferInnen und Verfolgte drei Opferverbände und in Folge eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft, um dem Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus mehr Nachdruck zu verleihen. Im Jubiläums-Gedenkjahr 1988 errichteten sie in Linz ein gemeinsames Denkmal am Bernaschekplatz. Dieses dient auch heuer, 75 Jahre nach Kriegsende und der Befreiung von Linz, dem parteiübergreifenden Gedenken. Auf Einladung der drei Opferverbände nahm auch Bürgermeister Klaus Luger teil und legte für die Stadt Linz einen Kranz nieder.

„Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und im Kampf für die Befreiung Österreichs aus dem faschistischen Joch wurden parteiideologische Grenzen überwunden. Die Kämpferinnen und Kämpfer von damals ebneten den Weg für die Demokratie und die Freiheit, in der wir heute leben dürfen. Das gemeinsame Gedenken soll auch jenen heute politisch Akti-

ven eine Mahnung sein: bei allen parteiischen Differenzen in der Tagespolitik gilt es das hohe Gut der Demokratie gemeinsam gegen jegliche aufkeimende faschistische Strömung zu verteidigen“, mahnt der Landesvorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Samuel Puttinger.

„Altersbedingt werden die überlebenden Opfer und Zeitzeugen immer weniger. Das macht es umso wichtiger, die nachfolgenden Generationen über die Ereignisse während der Okkupation Österreichs durch das NS-Regime zu informieren und aufzuklären. Dem dienen auch unsere Gedenkaktivitäten, deren Überparteilichkeit mir ein besonderes Anliegen ist, weil im Einsatz gegen das Vergessen Parteigrenzen keinen Platz haben. Darum ich mich auch besonders dafür, dass der direkt gewählte Bürgermeister unserer 1945 befreiten Landeshauptstadt heuer an unserem Gedenken teilnimmt“, so der Landesvorsitzende der ÖVP Kameradschaft, Dr. Marcus Zimmerbauer.

„Wir gedenken der **Linzer Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer**, die den in der Moskauer Deklaration von 1943 geforderten „eigenen Beitrag“ zur Befreiung Österreichs vom Faschismus leisteten. Wir werden ihre Ta-

ten und ihr Opfer in Erinnerung behalten und die historische Wahrheit verteidigen“, so Harald Grün, Landesvorsitzender des KZ-Verband/VdA Oberösterreich.

„Das Gedenken an die Befreiung aus dem Gräueltat der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft und des Zweiten Weltkriegs relativiert auf sehr bedrückende Art die Sicht auf viele Dinge, die heutzutage als Einschränkung oder Verzicht verstanden werden, und lässt demütig werden. Darum bin ich heute mehr denn je den drei Opferverbänden dankbar, dass sie uns stetig ermahnen, niemals zu vergessen, unsere gewonnenen Rechte zu wahren und vor allem die Freiheit gegen jede Art der Diktatur zu verteidigen“, so Bürgermeister Klaus Luger.

Einen weiteren Schritt in Richtung Aufarbeitung und Sichtbarmachung der nationalsozialistischen Geschichte von Linz stellt die Umsetzung eines personalisierten Erinnerens an NS-Opfer im öffentlichen Raum der Stadt dar. Im November 2019 hat der Künstler Mag.art Andreas Strauss eine Fachjury mit seiner Konzeptidee „Erinnern...“ überzeugt. Die Fertigstellung war durch das Corona-Virus verzögert worden, kann jedoch bis Herbst dieses Jahres umgesetzt werden. „Mit dieser Art von Erinnerungszeichen beschreiten wir einen in Europa neuartigen Weg, damit das Geschehene und vor allem die Opfer nicht vergessen werden“, sagt Bürgermeister Klaus Luger.

Samuel Puttinger ■



V.l.n.r.: Bgm. Klaus Luger, Samuel Puttinger und Harald Grün



Gedenken an die Goldegger Deserteure

Am 4. Juli 2020 hatten wir die diesjährige Gedenkfeier mit einer Wanderung auf den Spuren der Goldegger Deserteure und mit einer hochkarätigen musikalischen und literarischen Gedenkstunde beim Deserteursdenkmal geplant. Wie so viele historische und kulturelle Veranstaltungen fällt auch unser Erinnern an den Sturm auf Goldegg vor 76 Jahren der Covid 19-Pandemie zum Opfer.

Fritz Lorber



Wie viele Mitglieder und Freunde unseres Vereins wissen, durchkämmten am 2. Juli 1944 tausend Mann der Waffen-SS und 60 Gestapoleute das Rückzugsgebiet von Goldegg-Weng auf der Suche nach sechs Deserteuren und ihren HelferInnen. Bei dieser Razzia wurden zwei unbeteiligte Bauernsöhne meuchlings von der Gestapo erschossen, ein Deserteur fiel im Kugelhagel, drei konnten entkommen. Zwei davon wurden zwei Wochen später gefangen genommen. Nur einer blieb unentdeckt und überlebte das Kriegsende in Taxenbach.

Mein Vater Karl Rupitsch, der den Wehrdienst verweigerte, und im Herbst 1943 untertauchte, wurde an diesem 2. Juli 1944 mit 50 weiteren Personen gefangen genommen und ins Polizeigefängnis nach Salzburg gebracht. 25 davon konnten wieder zurückkehren. Die anderen wurden nach schweren

Verhören in verschiedenen KZs inhaftiert. Manche überlebten den Transport oder die Haft nicht. Die Recherchen über die Opfergruppe sind im Buch Robert Stadler/Michael Mooslechner „St. Johann 1938 - 1945“ nachzulesen und auch auf unserer Homepage www.goldeggerdeserteure.at zu finden.

Für das Rot Weiß Rot Buch fand eine kurze Phase der Wertschätzung der Deserteure statt. Nach Rückkehr der Kriegsgefangenen kamen die Diffamierungen auf.

Erst 2008 kam es an die breite Öffentlichkeit

In Goldegg gab es weder Erinnerung noch Gedenken an diese Gruppe. Erst 2008, als der ORF eine Dokumentation über Deserteure in Österreich drehte, wurde auch das Schicksal meines Vaters aufgenommen. Im selben Jahr

wurde eine Ortschronik herausgegeben, in der die Deserteure im Nazijargon u.a. als „gefährliche Landplage“ bezeichnet wurden. Nach mehrmaliger Kritik dieser Chronik wurde die Gemeinde 2018 vom Direktor des Landesarchivs Salzburg verpflichtet, bis zum vierten Quartal 2020 die NS - Zeit durch einen Historiker bewerten zu lassen, und den Nachdruck dieses Kapitels der Goldegger Bevölkerung zukommen zu lassen.

In mir reifte das Vorhaben, ein sichtbares Denkmal für diese Opfer zu finanzieren, nachdem die Gemeinde die mehrmaligen Versprechen nie eingehalten hat. Der Widerstand dagegen durch den Bürgermeister, den örtlichen Pfarrer und den Obmann des Kulturvereins, der uns über die Presse ausrichten ließ, dass es am 70. Jahrestag keine Gedenkfeier und keine Gedenksteinverlegung geben wird, ist auch auf unserer Homepage

nachzulesen. Auf privatem Grund wurde uns die Verlegung ermöglicht. Es war das erste Deserteurdenkmal in Österreich. Nach der Gründung unseres Vereins mit dem Historiker **Michael Mooslechner** führte uns die erste Exkursion ins Frauen KZ Ravensbrück, wo wir eine Gedenktafel für die mutigen Goldeggerinnen anbrachten.

Mit den Mitgliedern und Freunden unseres Vereins sind wir österreichweit, in Griechenland, Deutschland, Schweiz, Slowakei bis in die USA und Argentinien vernetzt.

Erwähnen möchte ich noch, dass wir am 20. Oktober 2019 an der Klagemauer im KZ Mauthausen für **Alois Buder, August Egger, Karl Rupitsch, Kaspar Wind** in Erinnerung an ihre Hinrichtung am 28. Oktober 1944 eine Gedenktafel enthüllten.

Das Gedenken, das „**Niemals Vergessen**“ ist mir sehr wichtig. Die Jugend braucht eine tiefgreifende Vermittlung in den Schulen. Die Kommunen müssten für die Aufarbeitung der NS-Zeit verpflichtet werden und die verschleierte Ortschroniken berichtigen. Aufarbeitung hat kein Ablaufdatum!

Mit Wadani verlieren wir einen tapferen Menschen

Abschließend möchte ich noch ein Gedenken an den heuer verstorbenen **Richard Wadani** anfügen. Als Deserteur im zweiten Weltkrieg hat er jahrelang um die Gleichstellung der Deserteure mit anderen Opfern der NS-Justiz gerungen. 2005 ist ihm dies gelungen. Weiters hat er sich unermüdlich für die juristische Rehabilitation der Deserteure eingesetzt. 2009 wurde sie im Parlament beschlossen. Sein Druck für die Errichtung eines Denkmals für die Verfolgten der NS-Militärjustiz am Ballhausplatz in Wien hatte 2014 Erfolg. Er war für mich gegen das Verdrängen, Verleugnen und für das „**NIE WIEDER**“ ein großes Vorbild.

Brigitte Höfert ■

Obfrau des Vereins der Freunde des Deserteurdenkmals in Goldegg



Einfach gute Musik

Wir konnten Gerold Gruber, Gründer von exil.arte und Leiter des exil.arte Zentrums der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien, für einen Beitrag gewinnen. exil.arte ist eine Anlauf- bzw. Schnittstelle für Rezeption, Erforschung und Bewahrung der Werke österreichischer KomponistInnen, InterpretInnen und MusikforscherInnen, die im „Dritten Reich“ als „entartet“ galten.



Warum Musik von verfeimten, vertriebenen, ermordeten Komponisten und Komponistinnen? Ich werde immer wieder nach meinen Intentionen gefragt und meistens ist die erste Antwort: „Weil es gute Musik ist!“ Natürlich ist die zweite Antwort jene der ethischen und moralischen Verantwortung jenen gegenüber, welche niemals die Chance hatten, im selben Maße an die Öffentlichkeit zu treten, wie es ihnen bei einem anderen, humaneren Verlauf der Geschichte zugestanden wäre. Oder weil sie eine bereits begonnene Karriere abbrechen mussten und neu – vielleicht in einer ganz anderen „Branche“ – anfangen mussten. Oder weil sie – von ihren Wurzeln getrennt – in der Ferne (die ihnen aufgezwungen wurde und die sie nicht freiwillig aufgesucht haben) verstümmten und keine musikalische Schöpfung mehr möglich war. Oder weil niemand sie gefragt hatte, ob sie zurückkehren wollten – weil dieselben, welche sie vertrieben haben, noch immer an den Hebeln saßen. Oder weil man nicht verstand, dass dieser kulturelle Exodus ein tiefes Loch in die Mitte Europas gerissen hatte. Oder weil man aufgrund der menschenvernichtenden Katastrophe stumpf geworden war gegenüber anderen Empfindungen und Hoffnungen. Der Wiederaufbau nach dem barbarischen Wahnsinn hatte nur den Gebäuden gegolten, nicht jenen beschädigten und zerschlagenen Wurzeln der Musik, der Literatur, des Films, der Malerei, des Schauspiels und der Wissenschaft.

Hier nur eine kleine, *wirklich kleine* Auswahl der Vertriebenen und Verfeimten aus dem Bereich der Musik: **Maria Jeritzka**, Sängerin, 1935 Emigration in die USA - **Lotte Lehmann**, Sängerin,

1933 Auftrittsverbot in Deutschland, 1938 Emigration in die USA - **Richard Tauber**, Sänger, 1938 Emigration nach Großbritannien - **Hanns Eisler**, Komponist, 1933 Flucht aus Deutschland in die Sowjetunion, 1936 Spanien, 1937 Emigration in die USA - **Emmerich Kálmán**, Operettenkomponist, 1938 Emigration nach Frankreich und in die USA - **Erich Kleiber**, Dirigent, 1936 Emigration nach Argentinien - **Erich Wolfgang Korngold**, Komponist, 1936 USA, kann 1938 nicht mehr nach Österreich zurückkehren - **Ernst Krenek**, Komponist, 1938 Emigration in die USA - **Hermann Leopoldi**, Komponist und Klavierhumorist, 1938 nach Dachau und Buchenwald deportiert, 1939 Emigration in die USA - **Alma Maria Rosé**, Geigerin, 1938 Emigration nach Großbritannien, 1939 Verhaftung in Frankreich, Deportation nach Auschwitz-Birkenau, dort 1944 umgekommen - **Arnold Rosé**, Primgeiger der Philharmoniker, 1938 Emigration nach Großbritannien - **Marcel Rubin**, Komponist, 1938 Emigration nach Frankreich, später Mexiko - **Arnold Schönberg**, 1933 Entlassung und Emigration über Frankreich und Spanien in die USA - **Erwin Stein**, Dirigent und Schüler Arnold Schönbergs, 1938 Emigration nach Großbritannien - **Ernst Toch**, Komponist, 1933 Emigration nach Großbritannien und in die USA - **Bruno Walter**, Dirigent, 1933 Emigration nach Österreich, 1938 nach Frankreich und in die USA - **Egon Wellesz**, 1938 Emigration nach Großbritannien - **Friedrich Wildgans**, Komponist und Klarinettist, 1938 Berufsverbot, 1940 Verhaftung, 1944/45 Teilnahme an der Widerstandsbewegung O5 - **Alexander von Zemlinsky**, Komponist, 1938 Emigration in die USA.

Warum also Musik von verfeimten, vertriebenen, ermordeten Komponisten und Komponistinnen? Vielleicht ist es die Neugierde auf Unbekanntes, Unerwartetes und unglaublich Schönes. Die Konzerte sind immer wie eine Entdeckungsreise, in die wir uns nur einlassen können, wenn wir unseren Ballast an Stilvorhalten beiseitelassen. Das Leben und die Musik vor der großen menschenverachtenden Katastrophe, heraufbeschworen von grausamen, rassistischen Ideologien, waren bunt, vielfältig und voller spannender neuer Eindrücke. Auch voller stilistischer Gegensätze, warum nicht? Einfach gute Musik.

Die aktuelle Ausstellung lautet „**Politisches Theater im Exil - Erwin Piscator und Maria Ley-Piscator**“, am 3. Oktober 2020 beginnt „**Das Lied ist aus**“ - Marta Eggerth und Jan Kiepura zwischen den Kontinenten.

Webtipp: www.exilarte.org

Gerold Gruber ■



In der Ausstellung des exil.arte Zentrum der mdw



Kärnten: Gedenken an den 8. Mai 1945

„Nichts und niemand – auch nicht die Corona-Krise – darf verhindern, dass wir der Opfer des Nationalsozialismus würdig gedenken und unermüdet Taten und Zeichen für Frieden, Freiheit, Solidarität und Demokratie setzen“, bekräftigte SP-Vorsitzender Landeshauptmann Peter Kaiser.

Die ZeitzeugInnen werden Jahr für Jahr weniger, umso mehr sieht Kaiser die Politik in der Pflicht, gegen das Vergessen und vor allem gegen alle Versuche des Verdrängens und des Relativierens unmissverständlich aufzutreten: „Denn nur, wenn wir, wenn auch unsere Kinder und Enkelkinder, die Geschichte unserer Heimat mit all seinen begangenen schrecklichen Taten kennen und diese immer wieder benennen, sind wir in der Lage den Wert unserer friedlichen Demokratie wirklich zu erkennen und für sie Tag für Tag einzutreten.“

Nach dem Mahnmal der FreiheitskämpferInnen, wurde auch ein Kranz am Grab von Ferdinand Wedenig niedergelegt, von 1947 bis 1965 sozialdemokratischer Landeshauptmann von Kärnten. Wedenigs eigene leidvolle Erfahrungen während der Internierung in Dachau mündeten in einer besonders versöhnlichen und demokratiebetonten Haltung in seinem politischen Wirken.



Dennoch wurde Wedenig nie müde, an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern und an die Notwendigkeit, im Namen der kommenden Generationen, nicht zu vergessen.

An der Gedenkveranstaltung nahmen neben SPÖ-Landesparteivorsitzenden Landeshauptmann Peter Kaiser, Landesgeschäftsführer Andreas Sucher, der Landesvorsitzende der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, Prof. Vinzenz Jobst, 1. Landtagspräsident Reinhart Rohr, Bgm. LAbg. Andreas Scherwitzl, der Klagenfurter Stadtrat Mag. Franz Petritz, SPÖ Kärnten Frauenvorsitzende Ana Blatnik, Mag. Heinz Pichler - Geschäftsführer des Institut für die Geschichte der Kärntner Arbeiterbewegung, Harry Koller - Landesgeschäftsführer des Renner-Institut Kärnten und SJG Kärnten-Vorsitzender Stefan Wastian teil.

Vinzenz Jobst ■

Koste es, was es wolle

Am 18. März kam die erlösende Botschaft für die virusgeplagte Republik: allen wird geholfen werden. „Koste es, was es wolle“, verkündete Bundeskanzler Kurz. Die Regierung bereite ein Hilfspaket in Höhe von bis zu 38 Milliarden Euro vor, ein für viele Menschen unvorstellbar hoher Betrag.

Nichts war zu vernehmen, woher das Geld kommen sollte. Aus einer Erbschaftssteuer, einer Vermögenssteuer oder einer angemessenen Besteuerung hoher oder höchster Einkommen offensichtlich nicht, dafür hatte man sich ja seit vielen Jahren bei jeder Gelegenheit verbürgt. Dahingehende vage Vorstellungen des Koalitionspartners waren sehr schnell wieder verjagt, als nicht „zeitgemäß“ abgetan. Die Industriellenvereinigung deutete als Lösung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer an, einer Massensteuer, die auch den Ärmsten noch trifft – schließlich „müssen in Krisenzeiten alle zusammenstehen.“

Nahezu unbemerkt und kaum kommentiert war ein Vorschlag zur schrittweise weiteren Einschränkung

demokratischer Grundrechte. Kanzler-Beraterin Antonella Mei-Pochtler dazu Anfang Mai in einem Interview mit der Financial Times: *„Die europäischen Länder müssten sich an Tools gewöhnen, die am Rand des demokratischen Modells seien.“*

Nach den Angriffen des Bundeskanzlers in der Vor-Corona-Zeit auf Staatsanwälte in „Hintergrundgesprächen“, den verfassungswidrigen Einschränkungen von Minderheitenrechte im Nationalrat durch die Koalitionsmehrheit, die erst durch den VGH aufgehoben werden mussten, dem beschämenden Umgangs des Bundeskanzlers mit Rechtsbrüchen der Regierung – „wenn der VGH unsere Verordnungen aufhebt, werden wir das

akzeptieren, aber dann brauchen wir sie schon nicht mehr“, um nur an einige zu erinnern, wurde also auch zum Höhepunkt der Krise nicht auf weitere Angriffe auf demokratische Grundrechte vergessen, *Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein“.*

Es ist höchste Zeit, dieser Entwicklung die nötige Aufmerksamkeit zu widmen und immer wieder dagegen aufzustehen. Aus der Geschichte wissen wir, dass undemokratische und letztlich faschistische Regime in der Vergangenheit nicht über Nacht gekommen sind und sich sehr wohl angekündigt haben, also Entwicklungen in diese Richtung klar erkennbar waren.

Unser Schulsystem versagt leider

sehr oft im Bereich Zeitgeschichte, wie erst eine im Vorjahr veröffentlichte Studie belegte. Auf die Frage nach Konzentrationslagern der Nazis in Österreich konnten 42 Prozent der Befragten das ehemalige Todeslager in Mauthausen nicht nennen. Noch schlimmer steht es um das Wissen über die der Nazizeit in Österreich vorangegangenen austrofaschistischen Diktatur seit 1934. Dies zu beheben können wir nicht den letzten Überlebenden allein überlassen. Es ist hoch an der Zeit, das als Bildungsauftrag für die gesamte Sozialdemokratie zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Webtipp: w-andel.blog

Wilhelm L. Andel ■



DU KANNST NICHT GEWINNEN!

In den letzten Jahren hat sich eine Computerspiele-Kultur entwickelt, die sich mit minimalistischen Mitteln tiefgründigen Themen widmet. **Through the Darkest of Times** des Berliner Studios Paintbucket Games macht es anders. Ein Beitrag von Kevin Schal, der erstmals in „antifa“ (Mai/Juni2020) erschienen ist.

In „Papers Please“ etwa müssen SpielerInnen als Grenzbeamte zwischen Schmuggel, Menschenhandel, Flucht und Korruption ihre moralischen Werte mit dem finanziellen Überleben der eigenen Familie abwägen. In den Rollenspielen des Entwicklers Telltale reihen sich Entscheidungen aneinander, zwischen dem eigenen Überleben und der Hilfe für Fremde. In dieser Nische lebt auch **Through the Darkest of Times** der Berliner Spieleentwickler Paintbucket Games, die das Spiel als ihren Beitrag gegen den Aufstieg der AfD beschreiben. Aufgabe der SpielerInnen ist es im Berlin des „Dritten Reiches“ eine Widerstandsgruppe aufzubauen, mit ihr Aktionen durchzuführen und strategische Entscheidungen zwischen Gewissen, Paranoia und Hoffnung zu treffen.

Spiele, in denen gegen Nazis gekämpft wird, sind wahrlich keine Seltenheit. Daher ist auch wohl bekannt, was Spiele dabei alles falsch machen können: etwa die Banalisierung des Nazismus als das Urböse oder die Ausblendung der Unterstützung der deutschen Zivilgesellschaft für die Nazis. Die Fokussierung auf das Militärische ignoriert die Gräueltaten abseits des Kriegs. Oder Geschichtsumdeutung für Effekthascherei: In dem verbreiteten Spiel „Wolfenstein“ wurde die bürgerliche Widerstandsgruppe des Kreisauer-Kreis en passant zu einer schwer bewaffneten Partisanen-Armee umgedichtet.

Through the Darkest of Times macht es anders. Hingebungsvoll erzählt das Spiel in zahllosen Episoden aus dem Alltag und dem Widerstand in Form von Bildern und Dialog-Schnipseln. Viele Opfergruppen werden berücksichtigt und auch Ereignisse aus der Geschichte zur Sprache gebracht, etwa die Köpenicker Blutwoche Juni 1933, die Olympischen Spiele 1936 und das skrupellose Verheizen von Jugendlichen im Volkssturm in den letzten



Das Strategiespiel „Through the Darkest of Times“ versetzt die SpielerInnen in eine Berliner Widerstandszelle im Kampf gegen das Nazi-Regime hinein

Kriegswochen. Dadurch schafft es das Spiel auf gespenstische Weise eine bedrückende, bedrohliche Stimmung aufzubauen. Ein endloser Strom von Nachrichten stürzt auf die SpielerIn ein: Darüber wie die Macht der Nazis sich immer weiter festigt, wie der Terror zunimmt und die Bedrohung sich im Alltag realisiert. Im Widerstandsleben hat man es zwar vor allem mit GegnerInnen der Nazis zu tun. Aber das Spiel spart nicht mit Episoden über UnterstützerInnen, TäterInnen und MitläuferInnen, denen die AktivistInnen sogar in ihren Familien begegnen. Auch Konflikte zwischen den WiderstandskämpferInnen wird Raum gegeben.

Für die Spielmechanik ist diese dichte Inszenierung Segen und Fluch zugleich. Auf der einen Seite motiviert es zum Spielen, Zurückschlagen und Helfen. Es wird ein beklemmendes Gefühl erzeugt, wenn man die eigenen MitkämpferInnen mit gefährlichen Aufträgen betraut. Andererseits sind die Erzählpassagen so häufig, dass sie den Spielfluss immer wieder unterbrechen. Am stärksten setzt

dem Spiel der Schwierigkeitsgrad zu. Die SpielerInnen werden weitestgehend allein gelassen, die Spielmechanismen zu verstehen. Zwar fällt es nicht schwer, das Spiel durchzuspielen, spektakuläre Aktionen erscheinen jedoch nahezu unmöglich. Die komplexen Abhängigkeiten der Spielzüge sind schwer überschaubar. Um etwa einen Kriegsverbrecher zu überführen, müssen über mehrere Auftragsketten Beweise gesammelt werden, die wiederum von zahlreichen Aktionen und Ressourcen abhängen. Das birgt einiges an Frustration, da es so selten gelingt, Erfolge zu erzielen, die über den Selbsterhalt hinausgehen. Dadurch fühlt sich das eigene Tun schnell bedeutungslos an, zumal das Spiel auch keinerlei Spielziele ausgibt. Da das Spiel großen Wert auf Authentizität legt und viel Kraft in die Vermittlung von geschichtlichem Wissen steckt, ist es nicht möglich die Geschichte umzuschreiben und das Regime zu stürzen, sondern vor allem im Kleinen zu wirken. Darum lässt sich das einstellende Gefühl der Ohnmacht auch als sehr lehrreich verstehen: Wie viel kann man/frau gegen dieses Regime ausrichten?

Und warum lohnt es sich, trotzdem zu kämpfen?

Das Spiel lohnt sich schon allein wegen der packenden Atmosphäre und künstlerischen Erzählweise. Es wird bewusst der realistisch-expressionistische Stil einer Käthe Kollwitz und Surreales wie bei Otto Dix und George Grosz verwendet, um einen starken Kontrast zum Hyperrealismus der NS-Ästhetik zu erzielen. Hartgesottene StrategiespielerInnen finden eine Herausforderung. Für andere, die sich eher für die Inhalte interessieren, bietet das Spiel einen Story-Modus mit vereinfachter Spielmechanik an.

Through the Darkest of Times ist das erste deutsche Spiel, das die FSK-Freigabe für die Verwendung von NS-Symbolen bekommen hat. Bisher wurde mit Verweis auf das Verbot verfassungsfeindlicher Symbole jede Darstellung von Hakenkreuzen etc. in Spielen verboten, was dazu geführt hat, dass viele antifaschistisch positionierte Spiele für SpielerInnen in Deutschland und Österreich vollkommen entpolitisiert wurden.

Kevin Schal ■



Die KPÖ und der Februar 1934

Das Werk von Hans-Peter Weingand entstand durch einen glücklichen Zufall. Der Autor war 2015 in Berlin mit NS-Akten befasst und nutzte eine Wartezeit, um in der Datenbank ARGUS die DDR-Bestände nach Österreich-Bezügen zu durchforsten. Dabei stieß er auf die nun erstmalig publizierten Dokumente der KPÖ aus den 1930er Jahren.

Das Buch beschreibt zunächst die Ausgangslage in der sich die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) vor dem Februar 1934 befunden hat und die österreichische Innenpolitik. Zunächst denunzierte die KPÖ die Sozialdemokratie als Verbündete des Faschismus. Begründet wurde das mit der sogenannten „Sozialfaschismus-Theorie“. Nach der Zerschlagung der Sozialdemokratischen sowie der Kommunistischen Partei Deutschlands durch das NS-Regime 1933, aber auch nach dem Aufstand sozialdemokratischer Arbeiter gegen den Faschismus im Februar 1934, konnte diese These seitens der Funktionäre der KPÖ nicht mehr aufrecht erhalten werden. Nach den Februarkämpfen im Jahr 1934 schlossen sich ungefähr 13.000 SozialdemokratInnen der KPÖ an. Dies führte zu einer Verdreifachung

der Mitglieder der KPÖ, die zuvor eine unbedeutende Kleinpartei war. Mitte 1934 war das „Auslaufen“ zur KPÖ durch die Gründung der Revolutionären Sozialisten gestoppt.

Auf 98 Seiten bringt Autor Hans-Peter Weingand die entdeckten Berichte, die zumeist für Moskau bestimmt waren. Dabei handelt es sich um **interne Berichte von KP-Gruppen aus ganz Österreich** von den tatsächlichen Kampftagen bis zu Entwicklungen bis in den April 1934. Ein Register der Orte und Regionen erleichtert die gezielte lokale und regionale Recherche, das Literaturverzeichnis ist umfassend. Darüber hinaus liefert das Werk weitergehende Informationen zum Konflikt zwischen Arbeitern und Arbeitslosen bis hin zur Beteiligung von Frauen an den Kämpfen vom Februar 1934. Weingand

verschweigt auch nicht, dass von den über 700 Schutzbündlern, die 1934/35 in der Sowjetunion Zuflucht fanden, 185 Opfer des stalinistischen Terrors wurden – das waren mehr Tote als in den Februarkämpfen!

Die Ereignisse des Februar 1934 trugen zu einem Strategiewechsel der Kommunistischen Internationale bei. Dies wird durch bis dato nicht verwendete Dokumente aus Moskauer Archiven zur Durchsetzung der „Volksfront“-Strategie beim VII. Weltkongress der Komintern im Sommer 1935, sowie der Forderung nach Österreich als „demokratische Republik“ im Jahr 1936 belegt. Erstmals wurde auch eine juristische Beurteilung der Beseitigung der demokratischen Verfassung mit allen Begleiterscheinungen durch Jurist und Historiker Prof. Werner Anzenberger auf Basis des noch immer geltenden Verfassungsrecht und Strafgesetzes vorgenommen.

Dem Werk liegen zwei Karten mit genauer Vorbereitung des österreichischen Bundesheeres auf die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Republikanischen Schutzbund



Clio Graz

Hans-Peter Weingand:

**Die KPÖ
und der Februar 1934.**

Clio, Graz, 2020,
ISBN: 978-3-902542-83-0,

256 Seiten, € 24,00

bei. Die Stärke des Schutzbundes wurde dabei österreichweit erfasst. Für Wien wurden seitens des Bundesheeres genaue Aufmarschpläne erstellt. Ein wertvolles, wichtiges Buch.

Christoph Schribl ■

Frieda Bachs 4. Fall

Verlag federfrei



Dass ein Thriller Einzug in die Buchbesprechungen der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer findet, mutet ungewöhnlich an. Doch der Tiroler Wahl-Linzer Ernst Schmid hat mit *Bachkantate* zum wiederholten Male einen brisanten Thriller geschrieben, der den Anspruch von Tiefgründigkeit erhebt.

Die Handlung des Buches spielt daher folgerichtig in Linz. Eine Mordserie an Mitgliedern einer Burschenschaft überschattet die Stadt, wodurch vom Gruppeninspektor Gruber ein politisches Motiv vermutet wird. Doch ist dieser Gruppeninspektor, der mit seinen Ermittlungen den Innenminister beeindrucken will, ebenfalls Mitglied dieser schlagenden Burschenschaft. Er gerät daher selbst in das Visier des Täters, der seine Opfer schlimm misshandelt. Aus diesem Grund wird Frieda Bach und ihr Team mit den weiteren Ermittlungen betraut. Die Jagd nach dem Mörder beginnt und schon bald schweben auch die Ermittlerinnen und Ermittler in Lebensgefahr.

Ernst Schmid, der bereits fünf Gedichtbände und mehrere Kriminalromane veröffentlicht hat und als Hauptschullehrer arbeitet, hat erneut einen spannenden Kriminalroman geschrieben,

der kurzweilig zu lesen ist. Diesmal spielt dieser Thriller im rechten Milieu und führt die Reihe hochaktueller politischer Themen seiner Vorgängerromane nahtlos fort. Ernst Schmid beweist mit seinem neuesten Buch erneut, dass Unterhaltung mit Anspruch zu Papier gebracht werden kann. Die Leserinnen und Leser dürfen sich hoffentlich noch über weitere spannende Romane dieses Autors in Zukunft freuen.

Ernst Schmid:

Bachkantate.

federfrei, Marchtrenk, 2020,
ISBN 978-3-99074-085-9,

264 Seiten, € 12,90

Claus Michl-Atzmüller ■



Antifa! Austromarxistische Analysen zum Faschismus

Die aktuelle VGA-Dokumentation 2019 widmet sich am Beispiel von sechs historischen Texten jenen wieder zu entdecken Faschismustheorien aus dem Umfeld des Austromarxismus, wie sie ab 1922, dem Jahr der faschistischen Machtübernahme in Italien, im Theorieorgan der österreichischen Sozialdemokratie „Der Kampf“ formuliert wurden.

Die ausgewählten Analysen von Angelica Balabanoff, Wilhelm Ellenbogen, „Dr. Otto“ – das Pseudonym eines unbekanntens Autors, der im Umkreis der marxistischen Freud-Rezeption zu suchen ist –, Friedrich Otto, Otto Leichter und Otto Bauer zeigen spannende Einblicke in den damaligen politischen Diskurs. Es sind hochinteressante und brisante Analysen der sich dramatisch verschiebenden politischen Machtverhältnisse, geprägt aus dem Duktus ihrer Zeit. Ergänzt wird der Band durch Originaldokumente der „Internationalen Kommission zur Abwehr des Faschismus“ aus dem Jahr 1933.

Im *Kampf* kamen bis 1940 in der Faschismusdebatte zahlreiche nationale und internationale Stimmen zu Wort, neben zentralen Akteuren der österreichischen Sozialde-

mokratie wie Otto Bauer, Julius Braunthal, Fritz Brügel, Wilhelm Ellenbogen, Karl Heinz, Otto Leichter oder Oscar Pollak auch internationale Autorinnen und Autoren wie Theodor Dan, Pietro Nenni, Oda Olberg oder Alexander Schiffrin. Zweifellos gehören gerade die Arbeiten Otto Bauers zu den Klassikern der Faschismustheorie, die auch in der internationalen Rezeption immer wieder gewürdigt wurden. Das gilt nicht zuletzt für Bauers Diskussion von Marx' und Engels' *Bonapartismus*-Konzept bzw. der Frage, wie sich die Staatsgewalt im Angesicht eines „Gleichgewichts der Klassenkräfte“ in der Hand von „Banden bewaffneter Abenteurer“ zu einer „Diktatur über alle Klassen“ verselbständigen kann. Es war der sozialdemokratische Publizist und Parteifunktionär Julius Braunthal, der den Begriff

des „Bonapartismus“ bereits 1922 im *Kampf* erstmals auf den italienischen Faschismus angewendet hatte.

Die in der Dokumentation versammelten Beiträge beschäftigen sich einerseits mit der Frage, wie die zunehmende Faschisierung Europas von 1922 bis 1938/39 machtpolitisch zu analysieren sei, und andererseits mit Überlegungen, welche Strategien und Taktiken die organisierte ArbeiterInnenbewegung dieser Entwicklung entgegensetzen könne. Mit dem Aufstieg der NSDAP in Deutschland rückte dabei ab den frühen 1930er Jahren zunehmend auch die Frage nach der Massenbasis der faschistischen Parteien ins Zentrum.

Zwar enthalten die Beiträge auch Fehleinschätzungen und Leerstellen, die aus heutiger Sicht ins Auge springen. Die abgedruckten Texte intervenierten außerdem durchaus polemisch in zeitgenössische Debatten und Konflikte. Dennoch verfügen sie über große zeitdiagnostische Qualität und bieten zahlreiche Anschlusspunkte für aktuelle Theoretisierungen autori-



Erhältlich

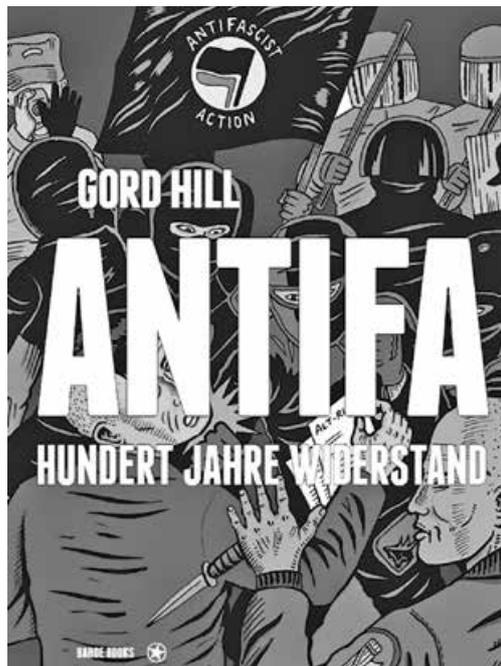
beim Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung:

www.vga.at

tärer, rechtspopulistischer Politikstrategien – sie sprechen somit auch zur Gegenwart, in der sich die politischen Fehler von einst hoffentlich nicht wiederholen werden.

Georg Spitaler ■

Antifa – Hundert Jahre Widerstand



Der Faschismus hat als politische Ideologie und als Herrschaftsform eine bald hundertjährige Geschichte. In seinem Namen wurden die größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Seine giftigen Ideen haben sich weltweit ausgebreitet, von den Anfängen nach dem Ersten Weltkrieg in Italien, über Nazi-Deutschland, Franco-Spanien und den KuKluxKlan in den USA. Gleichzeitig haben AntifaschistInnen im Laufe der Geschichte und auch gegenwärtig immer wieder bewiesen, dass der Geist des Widerstands lebendig, aktiv und notwendig ist.

Der Zeichner und Texter des Buches, Gord Hill, lebt in Vancouver. Deshalb ist das Buch sehr amerikanisch, die Zeichnungen wirken kindlich. Hill dokumentiert zahlreiche Neonazi-Organisationen, Musikbands und Personen aus der Szene. Diesen stellt er kraftvolle Momente des Widerstands und der Konfrontation der Antifa entgegen – alles reale Begebenheiten, nichts ist von ihm erfunden. Nicht staatskonforme Organisationen wie unser Bund sind

Gord Hill:

Antifa – Hundert Jahre Widerstand.

Bahoe, Wien, 2020, ISBN 978-3-903290-27-3,

116 Seiten, € 17,00

im Fokus des Buchs, sondern der „schwarze Block“ u. Ä. So entstand eine Chronik mit einem globalen Blick auf das Problem, allerdings vermisst man im Buch den Austrofaschismus. Rasch erfasst die Leserin und den Leser die Erkenntnis: Es braucht den Widerstand, von Anfang an, wenn nötig mit Gewalt. Mark Bray, Autor von „Antifa: The Anti-fascist Handbook“ hat ein einführendes Vorwort geschrieben. Die Graphic Novel aus dem umtriebigen Wiener bahoe-Verlag wird nicht nur Jugendlichen gefallen! Gerald Netzl ■



Mein Vater, der seinem Vater nach Auschwitz folgte

Am 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen durch US-amerikanisches Militär veranstalteten die Wiener Bildungsakademie und die FreiheitskämpferInnen Wien eine Lesung aus dem 2019 erschienenen Buch „Der Junge, der seinem Vater nach Auschwitz folgte“ von Jeremy Dronfield.

Gast dieser – aufgrund der Coronalage in Form einer Videokonferenz abgehaltenen – Veranstaltung war **Peter Kleinmann**, weil die im Buch erzählte wahre Geschichte von Peter Kleinmanns Vater Fritz und Großvater Gustav handelt. Eine Geschichte, die uns mit ihren erschreckenden Details auch deshalb vorliegt und uns authentisch berichtet, weil Gustav Kleinmann sie damals in einem geheimen Notizbuch aufgeschrieben hat. Stets der Todesgefahr ausgesetzt, dass man dieses Tagebüchlein, das er wie einen Augapfel hütete, bei ihm findet.

Maria Magdalena Schneider, Bibliothekarin bei der Stadt Wien und in der Wiener Bildungsakademie engagiert, las aus dem Buch drei Passagen. Passagen aus verschiedenen Abschnitten des Terrors, des Leids und des persönlichen, familiären und kollektiven Traumas.

Diese wahre Geschichte beinhaltet nicht nur die Haft von Gustav und Fritz Kleinmann, sondern auch die Vernichtung der Mutter und Schwester von Fritz sowie die Flucht seiner zwei Geschwister nach England und Amerika. Diese Geschichte steht pars pro toto für so viele Wiener Familiengeschichten. Sie steht aber auch für das Trauma einer ganzen Nation, die als sogenannte Kulturnation in tiefe Barbarei gefallen war, weil immer mehr Teile der Bevölkerung – im Angesicht einer weltweiten wirtschaftlichen Krise und einer europaweiten Krise der Demokratie – den Verführungen einer radikalen Gruppe, die anfänglich eine Splittergruppe war, vertrauten und sich für deren Verhetzungen begeistern ließen.

Eine Passage in dem Buch, im Zusammenhang mit der Ankunft von Gustav und Fritz Kleinmann

im KZ **Buchenwald** im Herbst 1939, hat mich persönlich besonders getroffen. Da sie in erschreckender Weise vor Augen führt, dass es sich bei den Tätern (auch) um Personen mit bestimmten Persönlichkeitsmustern handelt. Persönlichkeitsmuster, die es vor dem Hitler-Regime gab und die es heute gibt. Persönlichkeitsmuster, die es überall gibt und die nicht von der Nationalität oder anderen gesellschaftlichen Merkmalen abhängen. Persönlichkeitsmuster, die uns jeden Tag aufs Neue einen Anstoß geben sollten, uns für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und

sozialen Frieden einzusetzen, um der Entfaltung solcher Persönlichkeitsmuster keinen Raum zu geben:

„Diese SS-Männer waren schlimmer als alles, was Fritz in Wien gesehen hatte. Sie gehörten zu den SS-Totenkopfverbänden und trugen tatsächlich einen Totenkopf mit gekreuzten Knochen darunter an der Mütze. Ihre Brutalität hatte nichts Menschliches mehr. Trunkenbolde und Sadisten mit dumpfem Verstand und perverser Seele waren sie, berauscht von dem Gefühl, Schicksal spielen zu dürfen und unbegrenzte Macht auszuüben. Man hatte ihnen eingetrichtert, sie wären Soldaten in einem Krieg gegen den inneren Feind.“

Markus Schratzer ■



Jeremy Dronfield:

Der Junge, der seinem Vater nach Auschwitz folgte.

Eine wahre Geschichte.

Droemer HC, 2019, ISBN 978-3-426-27804-8, 464 Seiten, € 16,99

Schatten aus Stein

Andreas Pittler ist ein sehr produktiver Schriftsteller. Er ist bekannt durch seine historischen Romane, Biografien (Bruno Kreisky) und nicht zuletzt durch seine zwölf Krimis, die zu für Österreich historischen Zeitpunkten (1918, 1927, 1934 usw.) spielen. Aber sein jüdischer Kommissar David Bronstein ist in die Jahre gekommen und so hat sich Pittler der jüngeren Vergangenheit zugewandt.

„Schatten aus Stein“ spielt rund um den **1. Mai im Jahr 1986**. Eingebettet in der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, der anstehenden Präsidentenwahlen mit den Spitzenkandidaten Waldheim und Steyrer, sowie dem Maiaufmarsch geschieht ein Mord an einem Dentisten. Der Ermittler Paul Zedlnitzky tappt bezüglich des Motivs im Dunklen. Bis sich herausstellt, dass das Opfer Ende des 2. Weltkriegs in Stein als politischer Gefangener einsaß und am 6. April 1945 das Massaker an den Häftlingen mit eigenen Augen verfolgen musste. Dabei wurden 386 Menschen getötet. Pittler stellt damit ein Ereignis ins Zentrum, das bis vor wenigen

Jahren kaum bekannt war. Das Opfer erkannte im Jahr 1986 einen der Haupttäter, was letztlich das Motiv für den Mord war. Pittler zeigt die Problematik auf, dass viele Nazitäter unbehelligt bis heute unter uns leben und sogar hohe gesellschaftlich Positionen erlangen konnten. Wegen des nachlässigen Umgangs der Justiz mit den Nazitätern ist die „Kremser Hasenjagd“ bis heute nicht wirklich aufgearbeitet.

Pittler lässt die Straßen, Orte und Lokale in den Wiener Außenbezirken sehr plastisch entstehen und darüber hinaus kommen auch die LiebhaberInnen des Wiener Dialekts auf ihre Rechnung. Das Ganze

wird mit heftigen Diskussionen in der sozialdemokratischen Familie Zedlnitzky zur **Waldheim-Affäre** und der SPÖ-Politik abgerundet.

Andreas Pittler hat eine Form des Geschichtsunterrichts gewählt, wo **Realität und Fiktion** zusammengeführt werden und man auf diese Art und Weise Zeitgeschichtliches lernen kann. Das Buch reiht sich ganz besonders in die Reihe der Wienkrimis ein und ist LiebhaberInnen dieser Literaturgattung und SozialdemokratInnen sehr zu empfehlen. Es ist zu hoffen, dass Paul Zedlnitzky noch oft ermittelt.

Robert Patočka ■



Carl Ueberreuter Verlag

Andreas Pittler:

Schatten aus Stein (ein Fall für Paul Zedlnitzky).

Carl Ueberreuter Verlag, Wien 2020,

ISBN 978-8000-8002-1, 240 Seiten, € 15,00



Engelbert Pernerstorfer

Am 27. April 1850 kam in Wien Engelbert Pernerstorfer zur Welt. Gerald Netzl erinnert an diesen wichtigen Funktionär der frühen Sozialdemokratie, der als Sohn eines Schneidermeisters geboren wurde.

Obwohl die Familie durch den frühen Tod des Vaters in bitterer Armut lebte, konnte Pernerstorfer das Schottengymnasium besuchen. Dort entstand eine lebenslange Freundschaft mit seinem Mitschüler Victor Adler. Als junge Männer schlossen sie sich der deutschnationalen Bewegung um Georg von Schönerer an und waren Mitverfasser des deutschnationalen Linzer Programms von 1882, das die Stärkung des „deutschen Charakters“ Cisleithaniens zum Ziel hatte. Wegen Schönerers radikalem Antisemitismus sagten sie sich von den Deutschnationalen los.

1885 wurde Pernerstorfer im Wahlbezirk Wiener Neustadt-Neunkirchen als Unabhängiger in den Reichsrat gewählt. Im Abgeordnetenhaus vertrat er die Interessen der sozial Schwachen und setzte sich für das allgemeine Wahlrecht ein. Jahrelang war er sozusagen der inoffizielle Vertreter der Partei im Reichsrat. 1896 wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Ein Jahr später verlor er seinen Sitz im Parlament. Als unsere Partei bei den Reichsratswahlen 1901 in Wien zwei Mandate erobern konnte (von zehn insgesamt!), zog Engelbert Pernerstorfer gemeinsam mit Franz Schuhmeier wieder ins Parlament ein. 1907, nach Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts



Gerald Netzl

Die Urne Engelbert Pernerstorfers befindet sich neben jenen von Victor und Friedrich Adler

war der Klub von zehn auf 87 Mitglieder „explodiert“, wurde Pernerstorfer zum Obmann des sozialdemokratischen Parlamentsklubs und als erster Sozialdemokrat zum Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses des Reichsrates gewählt.

Marxist sollte er nie werden. Und trotzdem: In der Partei war er wegen seines sozialen Engagements

und seiner großen Erfahrung als Parlamentarier hoch geschätzt, wegen seiner betont deutschnationalen Haltung jedoch nicht unumstritten.

Engelbert Pernerstorfer verstarb am 6. Jänner 1918. Am 6. November 1926 wurde seine Urne neben der von Victor Adler in der von Hu-

bert Gessner geschaffenen Ehrengrabstätte, nahe dem Obelisk für die Toten der Märzrevolution von 1848, auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt. Später wurden dort auch die Urnen von Otto und Helene Bauer, Karl Seitz und Friedrich Adler beigesetzt.

Gerald Netzl ■

Überleben in Dachau

Das Buch ist das Zeugnis von Guy-Pierre Gautier, einem Überlebenden von Dachau und Großvater des Zeichners. Als 16-jähriger übernahm Guy 1941 erste Aufgaben in der Résistance, 1943 trat er der Brigade „Liberté“ der FTP (Francs-tireurs et partisans, Deutsch: „Freischärler und Partisanen“). Die FTP wurden von der Kommunistischen Partei Frankreichs gegründet, von La Rochelle bei, wo er an Sabotage- und Propagandaaktionen gegen die deutschen Besatzer und einheimische Kollaborateure teilnimmt. Doch die Tapferkeit ging mit Nachlässigkeit einher: Nach der Verhaftung der Gruppe folgten brutale Verhöre durch die Gestapo, eine Haft im Gefängnis samt Meuterei und Anfang 1944 die Deportation ins „Dritte Reich“. Der Alptraum sollte mit der Fahrt in Viehwagons nach Dachau beginnen. Der Mut konnte die Angst kaum mehr verdecken, Tag für Tag, Stunde um Stunde, vom Schmerz zur Qual, bis zum Erscheinen der US-amerikanischen GIs, das das Ende des Alptraums am 29. April 1945 bedeutete.

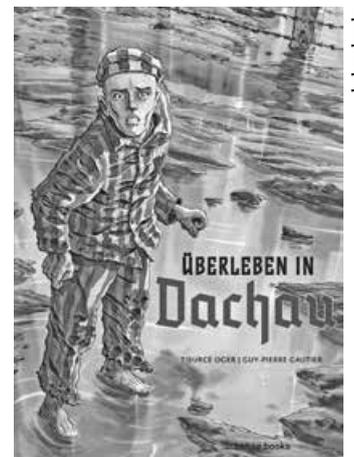
Jedes einzelne Bild in der gelungenen **Graphic Novel** ist ein kleines – oft verstörendes, weil brutales – Kunstwerk. Prädikat lesenswert. Gerald Netzl ■

Guy-Pierre Gautier
und Tiburce Oger:

Überleben in Dachau.

Bahoe, Wien, 2020,
ISBN 978-3-903290-20-4,

86 Seiten, € 19,00



bahoe books



Vor uns die Mühen der Recherche

Wohl eine der schönsten Formen des Gedenkens an Opfer des Nationalsozialismus sind die „Stolpersteine“/„Steine der Erinnerung“. Sie rufen die Menschen in das heutige Bild der Stadt zurück.

Beim Flanieren durch die Stadt stößt man darauf und kann sich ihrer nicht entziehen. Immer wieder entstehen Initiativen, die auf Bezirks- oder Stadtebene jener Menschen in dieser Form gedenken wollen. Aber zu jedem Opfer gehören auch biografische Daten, um es erfahrbarer werden zu lassen. Der folgende Text soll eine mögliche Handlungsanleitung dazu bieten, wie man den Lebenshintergrund von NS-Opfern erhellen kann.

Gehen wir davon aus, dass man die Anzahl der Opfer in einem Bezirk oder Stadt nicht kennt, so ist die erste Anlaufstelle die Datenbank des DÖW www.doew.at, in der über 70.000 Menschen aller Opfergruppen gespeichert sind. Klickt man „suchen“ an, so erscheint eine Maske, in die man den Wohnort eingeben kann. Sucht man z.B. Opfer aus Wiener Neustadt, so werden 76 Namen ausgeworfen. Das sind die Basisdaten, wie Geburtstag, Deportations- und Tötungsort, sowie die letzte Wohnadresse. Diese letzte Wohnadresse ist aber mit Vorsicht zu behandeln, da sie meist die Adresse einer Sammelwohnung ist. Den genauen Wohnort in Wien kann man in der Onlineausgabe des „Lehmann 1938, Band 2“ www.digital.wienbibliothek.at/ oder 1939 finden. Benützt man beide Ausgaben, so kann man sehr genau die Veränderungen durch die „Arisierung“ der Wohnungen sehen. Vor einer Adressauskunft aus dem Stadt- und Landesarchiv sei abgeraten, da diese Auskunft kostenpflichtig (€ 35/Anfrage) ist, selbst wenn man kein Ergebnis bekommt. Unbedingt sollte man sich den Feuerwehrplan aus den 1930er Jahren vom Bezirk oder der Stadt ausheben lassen! Dies ist notwendig, da sich die baulichen Gegebenheiten und Adressen im Laufe der letzten 80 Jahre oft verändert haben und daher mittels Feuerwehrplan und aktuellem Stadtplan der

genaue Standort ermittelt werden kann. In Wien ist dieser in dem „Stadt- und Landesarchiv“ (Gasometer) erhältlich.

Handelt es sich bei den Opfern um rassistisch verfolgte Menschen, so ist die nächste Datenbank die der Gedenkstätte von Yad Vashem www.yadvashem.org/de.html. In der digitalen Sammlung finden sich Zusatzinformationen zu den Opfern, wie Daten, Bilder, Deportationslisten oder Dokumente. Allerdings kann es vorkommen, dass der Name des Opfers oft mehrmals in unterschiedlicher Schreibweise vorkommt. Viele der Daten in der Datenbank von Yad Vashem stammen aus der Datenbank des DÖW. Bei manchen Opfern gibt es ein Testimonial, welches von Verwandten oder Nachfahren in die Datenbank gestellt wurde. Es ermöglicht den Kontakt mit den Nachfahren, gerade wenn man sie zur Eröffnung des Steines der Erinnerung einladen möchte.

Eine gute Quelle, um an Daten und letzte Wohnadressen der Opfer heranzukommen ist die Israelitische Kultusgemeinde. Im Mai 1938 sandte die Wiener Kultusgemeinde 140.000 Ausreisefragebögen an ihre Mitglieder aus, wo viele persönliche Daten, wie Ausbildung, Beruf, Tätigkeit, Einkommen, Auswanderungsland, Verwandte im Ausland und vieles mehr abgefragt wurden. Auch die Daten der anderen Kultusgemeinden befinden sich in Wien, da die Kultusgemeinden in den Bundesländern 1938 aufgelöst wurden und die Auswanderung von Wien aus organisiert wurde. Diese Fragebögen sind digitalisiert und können, gegen einen Unkostenbeitrag erworben werden. Sie runden sehr oft das Bild der Persönlichkeiten ab und stellen daher eine wertvolle Quelle dar.

Eine wertvolle Informationsquelle stellt Arolsen Archives: Internationales Zentrum über NS Verfolgung www.arolsen-archives.org dar. Die Sammlung mit Hinweisen zu rund 17,5 Millionen Menschen gehört zum UNESCO-Weltdokumentenerbe. Sie beinhaltet Dokumente zu den verschiedenen Opfergruppen des NS-Regimes und ist eine wichtige Wissensquelle für die heutige Gesellschaft. Man kann gegen einen Unkostenbeitrag eine Fülle an Dokumenten bekommen, insbesondere Dokumente aus ehemaligen Konzentrationslagern.

In der Regel reichen diese vier Recherchestufen, da sie leicht mittels Computer zu erledigen sind

und keine persönliche Anwesenheit in einem Archiv erfordern. Natürlich gibt es noch Datenbanken zu „Arisierung“, zu Gerichtsakten, zu Theresienstadt, den Gettos usw., aber bei diesen ist die Recherche mühevoller.

Vor der Verlegung eines Steines ist die Genehmigung durch die örtliche Gemeinde (in Wien MA 28) einzuholen. Die Verlegung erfolgt auf öffentlichem Grund und daher haben die Hausbesitzer/-bewohner keinen Anrainerstatus. Es macht natürlich Sinn, vor der Verlegung Kontakt mit dem Hauseigentümer und den Hausbewohnern aufzunehmen und für das Projekt zu interessieren, vielleicht sogar zu gewinnen.

Die Kosten für die Gravur, Anfertigung des Steines (= Metallplatte) und die Verlegung bewegen sich in einem Rahmen von € 500 bis 650. Es stellt sich dabei die Frage wie die Gedenksteine finanziert werden sollen. Zuerst einmal über Spenden durch Patenschaften, was aber die Kosten in der Regel nicht abdeckt. Projekteinreichungen beim „Zukunftsfonds der Republik Österreich“ www.zukunftsfonds-austria.at und/oder dem „Nationalfonds“ www.nationalfonds.org ermöglichen zusätzliche Subventionen in der Höhe einiger tausend Euro.



Eine weitere Möglichkeit sind Unterstützungen durch das Kulturbudget einzelner Bezirke oder der Städte. In Wien ist es die MA 7, die hier zuständig ist, sowie die einzelnen Bezirksvertretungen. Allerdings ist Vorsicht geraten, denn nicht alle Bezirke oder Städte unterstützen das Projekt „Stolpersteine“. Mit oft fragwürdigen Argumenten wird die Verlegung abgelehnt. Doch langsam scheint sich die Front der Gegner sowohl in Deutschland, als auch in Österreich aufzulösen.

Einem guten Gelingen dieser Gedenkarbeit steht nun nichts mehr im Wege. Sollten Sie Fragen haben oder Hilfe benötigen, einfach ein Mail an steine-liesing@gmx.at schreiben, wir unterstützen Sie gerne.

Webtipp: www.steine23.at

Robert Patočka ■



Mittwoch im DÖW

Seit mehr als einem Jahr arbeitet Dr. Josef („Seff“) Fiala als ehrenamtlicher Mitarbeiter im DÖW, dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. Er schildert unseren LeserInnen seine Erfahrungen.

Nach fünf Jahren als ehrenamtlicher Mitarbeiter im „Verein zur Erforschung der Repressionsmaßnahmen des österreichischen Regimes 1933-1938“ vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, wurde mir empfohlen, mich beim DÖW zu melden.

Mein Name ist Josef Fiala, ich bin Jahrgang 1943 und seit 1966 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Von 1980 bis 1995 war ich sozialdemokratischer Gemeinderat in einer Marktgemeinde in Niederösterreich. Ich habe erst in der Pension (mit 60) das Studium der Geschichte absolviert und mich für die Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts entschieden. Meine Diplomarbeit schrieb ich über „Österreicher in den SS-Einsatzgruppen und SS-Brigaden 1941 in der Sowjetunion“, meine Dissertation zum Doktor phil. über „Die Februarkämpfe in Wien-Meidling und Liesing“.

Zu Beginn meiner Tätigkeit im DÖW habe ich den Nachlass einer Überlebenden des KZ-Ravensbrück, Frau Irma Trksak, tschechische Widerstandskämpferin in Wien, geordnet. Das war zwar interessant, aber auch eine langatmige Computertätigkeit. Nach einigen Wochen wurde ich gefragt, ob ich nicht einmal pro Woche in der Dauerausstellung im Erdgeschoß die Aufsicht mit eventuellen Erklärungen machen möchte. Das hat mir sofort gefallen, da sich mein Studium ge-

nau mit diesen Themen befasste. So begann ich meinen freiwilligen „Dienst“ als Aufsichts- und Auskunftsperson im März 2019. Ich war sehr erstaunt, wie viele Besucher zur DÖW-Ausstellung in die Wipplingerstraße 8 (im Hof) kommen. Dass der Besuch der Ausstellung kostenlos ist, freut die Personen auch.

Besonders wertvoll erscheint mir der Besuch von Schulklassen, welche zur Einführung einen Vortrag von ca. 80 Minuten durch einen Guide erhalten.

Viele ausländische Touristen sprachen sich dankbar über die Möglichkeit aus, so viel über den österreichischen Widerstand gegen das Hitler-Regime zu erfahren. Es liegt ein Besucher-Buch auf, worin sich viele voll Dankbarkeit und Erinnerung eintragen. Es sind Touristen aus der ganzen Welt: Deutsche, Holländer, Belgier, Franzosen, Spanier, Engländer, Amerikaner, Brasilianer, Israelis, Australier, Chinesen, Japaner usw. Dabei erklären viele, dass sie Vorfahren hatten, welche aus Österreich flüchten mussten. Sie sind erschüttert von den Bildern, dem Original-Gewand und den Gegenständen aus den Konzentrationslagern. Auch Bücher, welche aufliegen, werden gerne gekauft. Viele Besucher fragen, ob das DÖW-Büro bei der Suche von Verwandten behilflich sein könnte, was meistens möglich ist. Eine ältere Frau fragte



Dr. Josef („Seff“) Fiala

ganz leise, ob sie auch nach ihrem Großvater fragen könnte, aber „...der war bei der SS.“ Sie schämte sich dafür, aber ich erklärte ihr, dass sie für ihren Großvater, den sie nie kennengelernt hatte, nichts könne. Viele junge Leute kommen zur Ausstellung und sind dann doch etwas bedrückt, weil sie in der Schule davon zu wenig gelernt und erfahren haben.

Leider war die DÖW-Ausstellung, wie alle anderen Museen, im Frühjahr 2020 wegen Corona geschlossen. Umso mehr freue ich mich, wenn ich bald wieder wie früher jeden Mittwoch von 9:00-17:00 Uhr Dienst haben werde.

Besonders hier gilt: „Niemals vergessen!“

Josef Fiala ■

Lernen, „über den Tellerrand zu schauen“

AK-Präsident Karl Mantler und die Rückkehr antifaschistischer Expertinnen.

Die Arbeiterkammer feiert in diesem Jahr einen doppelten Geburtstag: ihre Begründung durch das erste AK-Gesetz vor 100 Jahren und ihre Wiedererrichtung nach Gleichschaltung und Abschaffung durch den Faschismus als eine der ersten Institutionen der Zweiten Republik mit dem Gesetz vom 20. Juli 1945.

Provisorischer und ab 1949 erster gewählter Präsident der AK in Wien war von 1945 bis 1955 Karl Mantler. Der Vorsitzende der illegalen freien Gewerkschaften in der Zeit des Austrofaschismus überlebte insgesamt acht Jahre Haft, davon sechs Jahre im KZ Buchenwald. Als einer der ganz wenigen politischen VerantwortungsträgerInnen der jungen Zweiten Republik setzte er sich uneingeschränkt für die Rückkehr der vor der faschistischen Verfolgung Geflüchteten ein. Ge-

nosse Josef Staribacher, AK-Wirtschaftsexperte und dann Bruno Kreisky's legendärer Wirtschaftsminister, berichtete darüber 2005 in einem Zeitzeugengespräch in der AK-Bibliothek. Mantler sei davon überzeugt gewesen, erzählte er, dass Österreich auf die RückkehrerInnen aus dem Exil nicht verzichten könne, um Anschluss an die internationale Entwicklung zu finden. Man müsse mit ihrer Hilfe lernen, wieder „über den Tellerrand hinauszuschauen“.

Der Versuch, die prominente Sozialwissenschaftlerin Marie Jahoda als Nachfolgerin der im Holocaust ermordeten Käthe Leichter für die Leitung des AK-Frauenreferats zu gewinnen, scheiterte, aber Otto Leichter, Stefan Wirlandner und Eduard März kamen aus Amerika zurück und verstärkten das AK-

Team der ersten Stunde. Mantler und den Journalisten Otto Leichter verband die gemeinsame Erfahrung der Illegalität, - Leichter leitete bis 1938 die Kommunikation der Untergrundgewerkschaften. Allerdings schlug ihm außerhalb der AK so viel Ablehnung entgegen, dass er schon bald in die USA zurückkehrte. Wirlandner und März blieben und sollten weit über den Bereich der ArbeitnehmerInnen-Organisationen hinaus eine bedeutende Rolle spielen. Stefan Wirlandner war einer der Hauptunterhändler der Währungsreform nach 1945 und gilt als einer der „Väter“ der österreichischen Sozialpartnerschaft. Eduard März, der andere bedeutende Wirtschaftswissenschaftler unter den Rückkehrern, AK-„Chefökonom“ 1957 bis 1973, hatte mit seinen theoretischen Arbeiten entscheidenden Einfluss auf die Budget-



AK-Präsident Karl Mantler trug in der Illegalität den Kampfnamen „Julius“. Als Folge der KZ-Haft erblindete er unaufhaltsam und musste deshalb sein Amt 1956 zurücklegen.

und Steuerpolitik der Kreisky-Ära. Schon in den 1950er Jahren warnte er vor Angriffen auf den Sozialstaat. Er sollte Recht behalten.

Brigitte Pellar ■

Worauf warten wir noch

Heinrich Fink aus Berlin hat uns diesen Artikel über den evangelischen Pfarrer, Pazifisten und Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten Dietrich Bonhoeffer, veröffentlicht in der Zeitung „antifa“ Mai/Juni 2020, dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt.

„Der nächste Krieg muss durch die Kirchen geächtet werden!“ Diese Überzeugung vertrat Dietrich Bonhoeffer schon 1932 auf einer Konferenz für junge ChristInnen in der Tschechoslowakei. 1934 kamen Delegierte von christlichen Jugendverbänden Europas auf der dänischen Insel Fanø zusammen. Dabei setzte Bonhoeffer seine Hoffnung darauf, dass die Abgesandten ihre Kirchenleitungen auffordern, aus biblischer Verantwortung Kriege zu ächten. Bonhoeffer war überzeugt, dass die Kirchen die Autorität haben, ihren Söhnen die Waffen aus der Hand zu nehmen. Militärseelsorgern sollte der kirchliche Auftrag entzogen werden. Seine Hoffnung war, durch dieses Engagement den Zweiten Weltkrieg zu verhindern, zumindest aber europaweit auf kirchlicher Ebene die Kriegsgefahr zu thematisieren.

Warnungen blieben ungehört

Den jungen Delegierten schien nicht bewusst zu sein, dass sie sich demnächst möglicherweise als Feinde bekämpfen müssten. Sie hatten augenscheinlich die drohende Kriegsgefahr noch nicht realisiert... Viel schmerzhafter muss für Bonhoeffer jedoch die Erfahrung gewesen sein, dass Mitglieder der deutschen Delegation seine Antikriegsposition nicht teilten. Sie wehrten sich gegen die Idee, wonach es biblisch keine Rechtfertigung für Kriege gibt. Vielmehr sorgten sie dafür, dass sein Referat ohne Diskussion von der Tagesordnung genommen wurde. Da Bonhoeffer aber auch eine Morgenandacht zu halten hatte, brachte er das Anliegen seines Referats in die Andacht ein: „Unsere Konferenz europäischer Christen hat die geistliche Autorität, die evangelischen Kirchenleitungen aufzufordern, im Namen Christi, Kriege zu ächten. Die Bischöfe müssen den Getauften im Namen Christi die Waffen aus der Hand nehmen...“ Aber das von Bonhoeffer erwartete Echo auf diese Worte blieb aus. Viele



Dietrich Bonhoeffer im August 1939

Teilnehmer wollten sich nicht in solch schwerwiegenden Fragen einmischen. So wurde ein Beschluss gegen den Krieg gar nicht erst diskutiert. Bonhoeffer warnte: „Die Welt starrt in Waffen und furchtbar schaut das Misstrauen aus allen Augen, die Kriegsfanfane kann morgen geblasen werden – worauf warten wir noch? Wollen wir selbst mitschuldig werden, wie nie zuvor?“

Dem „Rad in die Speichen fallen“

Bonhoeffer zog aus den immer wieder aufbrechenden Auseinandersetzungen eine Lehre: Die

Bibelinterpretation müsse aus der Befangenheit ihres bürgerlich-religiösen Interessengeflechts gelöst werden. „Ich spüre, wie in mir der Widerstand gegen alles ‚Religiöse‘ wächst. Oft bis zu einer intuitiven Abscheu... Ich bin keine religiöse Natur, aber an Gott, an Christus muss ich immerfort denken, weil es darum geht, Leben nicht in Gefahr zu bringen. An Freiheit und Barmherzigkeit liegt mir sehr viel... Jesus ruft nicht nach Religion, sondern zum Leben!“

Die Kirchen ließen sich 1939 bereitwillig vor den Kriegswagen Hitlers spannen. Da war es nur

folgerichtig, dass sich Bonhoeffer aktiv einem keineswegs pazifistischen Kreis anschloss. Der Krieg sollte durch Militärputsch und Tyrannenmord beendet werden. Sein Bruder und zwei Schwäger waren involviert. Unter Einsatz ihres Lebens waren sie bereit, dem „Rad in die Speichen zu fallen.“ Bonhoeffer musste allerdings erleben, wie schwer es war, auch bei einflussreichen Freunden im Ausland um Vertrauen und Verständnis für das geplante Attentat auf Hitler zu werben. Am 5. April 1943 wurde Bonhoeffer verhaftet. Im Gefängnis erfuhr er vom gescheiterten Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944. Dass Bonhoeffer seine vielen Briefe und Texte aus der Haft schmuggeln konnte, ist Bewachern zu danken. Sie riskierten ihr Leben, indem sie Menschlichkeit zeigten. Dagegen war die evangelische Kirche in ihrem Obrigkeitseingebunden fatal gebunden. Noch 1947 nannte sie das Scheitern des Attentats eine „Gnade Gottes“ und jene, die den Widerstand organisierten, „Verräter“.

Dietrich Bonhoeffer wurde nach nächtlichem Standgericht am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg als „Vaterlandsverräter“ erhängt. Deutschland erfuhr von seinem Tod erst am 27. Juli, als die BBC einen Trauergottesdienst aus der Holy Trinity Church in London übertrug. Wenige Tage zuvor noch hatte es zum ersten Jahrestag des Attentats auf Adolf Hitler eine Kanzelabkündigung in Berlin und Brandenburg gegeben. In der Mitteilung an die kirchlichen Gemeinden hieß es, der Anschlag auf Hitler könne niemals gutgeheißen werden. Das „Konzil des Friedens“, zu dem Bonhoeffer 1934 als Warnung vor dem Zweiten Weltkrieg so dringend aufgerufen hatte, wurde fünfzig Jahre später Wirklichkeit. Der „Konziliare Prozess“ stellte einen wichtigen Bestandteil ökumenischer Friedensarbeit dar. Bonhoeffer hoffte, dass die Kirchen mit ihrer Autorität dabei helfen, Krieg endlich zu ächten, Ob sich dieser Wunsch erfüllt, bleibt offen, obwohl die Welt wieder wie damals in Waffen starrt.

Heinrich Fink ■

Korneuburger Eid

Vor 90 Jahren, am 18. Mai 1930 bekannten sich die Heimwehren mit dem „Korneuburger Eid“ offen zur Zerstörung der Demokratie; das war der Anfang vom Ende der Ersten Republik. Ein Beitrag von Anton Bergauer auf Grundlage eines Artikels von Manfred Scheuch aus dem „Kämpfer“ 4-6/2000.

Vor den angetretenen „Hahenschwanzlern“ verlas der Tiroler Rechtsanwalt und Bundesführer Richard Steidle ein Programm in dem es hieß: „Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen ... Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wurde.“

Auf diese offen ausgesprochene Absage an die demokratische Republik verpflichteten die Männer in Korneuburg sich mit einem „heiligen Eid“. Als Erster leistete der Landesführer der niederösterreichischen Heimwehr, Julius Raab, das Gelöbnis in die Hände von Steidle. Am Ende der Veranstaltung verkündete der steirische Rechtsanwalt Walter Pfrimer, der zweite Bundesführer der Organisation, dass „heute sich ein geschichtliches Ereignis vollzogen hat“. Das war es in der Tat: Die paramilitärische Heimwehr, die nach eigenen Angaben mehr als 400.000 Mitglieder zählte, hatte sich offen zu einem faschistischen Kurs, also zum Umsturz, bekannt.

Eigentlich am Ende des Ersten Weltkriegs zum Schutz gegen marodierende Soldaten gegründet, wurden die Heimwehren nach dem Vorbild der deutschen Freikorps, zu denen enge Verbindungen bestanden, bald zur Schutztruppe gegen revolutionäre Bewegungen der Linken. Industrielle, allen voran der steirische Alpine-Montan-Konzern, und reiche Großgrundbesitzer wie der oberösterreichische „Fürst“ Ernst Rüdiger Starhemberg übernahmen die Finanzierung dieser Bürgerkriegstruppe. Nachdem 1922 Mussolini in Italien mit sei-

nen Schwarzhemden das erste faschistische Regime errichtet hatte, wurden die Heimwehren immer stärker in die gegen die Demokratie gerichtete internationale Strömung einbezogen und mit Waffen versorgt. Besonders Starhemberg sah im Duce Mussolini sein Vorbild. Aber auch der Parteiboss der Christlichsozialen, Prälat Ignaz Seipel, der wiederholt als Bundeskanzler den bürgerlichen Regierungen in Österreich vorstand, setzte ab 1927 zunehmend auf die Heimwehren als Bundesgenossen.

Mit dem Blutbad vor dem Justizpalast am 15. Juli 1927 hatte die Regierung selbst die Schleusen zur Gewalt geöffnet. Die Kluft zwischen linkem und rechtem Lager in Österreich war unüberbrückbar geworden. Der steirische Heimwehrführer Pfrimer, der auch Kontakte zu den stärker werdenden Nationalsozialisten aufgenommen hatte, versuchte im September 1931, die Demokratie durch einen Putsch zu stürzen. Er rief sich zum „Staatsführer“ aus, doch interne Streite-

rien in der Heimwehr und ein rasches Eingreifen des Bundesheers ließen den Aufstand nach zwei Tagen kläglich zusammenbrechen. Pfrimer flüchtete nach Jugoslawien; bezeichnenderweise für die Verhältnisse in Österreich wurde er im darauf folgenden Gerichtsverfahren freigesprochen.

Auf Betreiben Starhembergs hatte die Heimwehr bei den Nationalratswahlen 1930 eine eigene Liste aufgestellt. Mit nur acht Abgeordneten zog der Heimatblock weit unter seinen Erwartungen als politische Gruppierung in jenes Parlament ein, das er zerstören wollte. In dieser Absicht waren die Heimwehrler eins mit den Nationalsozialisten. Diese hatten zwar in Österreich bei Nationalratswahlen nie ein Mandat erreicht, jedoch 1932 bei drei Landtagswahlen auf Kosten der Großdeutschen Volkspartei großen Zuwachs erhalten. In diesem Jahr wurde Engelbert Dollfuß zum Kanzler berufen. Er befürchtete, dass seine Christlichsoziale Partei von links und rechts, zwi-

schen SozialdemokratInnen und Nazis, zerrieben würde, und bildete die erste Koalitionsregierung mit Heimwehrbeteiligung. Der weitere Verlauf der Geschichte Österreichs ist bekannt. Bei den Februarkämpfen 1934 zeichnete sich die Heimwehr als Hilfstruppe der Exekutive durch besondere Brutalität aus. In der Regierung Dollfuß spielten die Heimwehrführer eine wichtige Rolle. Nach Dollfuß' Ermordung durch die Nazis am 25. Juli 1934 wurde Vizekanzler Starhemberg sogar Bundesführer der austrofaschistischen Einheitspartei „Vaterländische Front“, doch sein enges Verhältnis zu Mussolini belastete die österreichische Außenpolitik, und 1936 wurde er von Schuschnigg ausgetrieben.

Die Schicksale der Heimwehrführer nach dem Einmarsch Hitlers waren denkbar unterschiedlich: Starhemberg gelang die Flucht nach Südamerika, der Wiener Heimwehrführer Emil Fey beging Selbstmord, Steidle starb im KZ Buchenwald, Pfrimer wurde dank seiner Verbindungen zu den Nazis Abgeordneter in Hitlers Reichstag und Julius Raab, 1945 einer der Mitbegründer der ÖVP, war 1953-1961 Bundeskanzler der Zweiten Republik.

Anton Bergauer ■



Heimwehr-Bundesführer Richard Steidle (Mitte) gemeinsam mit dem stellvertretenden steirischen Heimwehr-Führer Reinhart Bachofen von Echt (links) und der steirischen Kreisführer Hans von Pranckh (rechts hinten)



Klassenjustiz

Zweimal in der neueren österreichischen Geschichte hat der Staat versucht, der in die Illegalität gedrängten sozialistischen Bewegung durch Hochverratsprozesse gegen die Parteiführung den Garaus zu machen: 1936 im großen Sozialistenprozess und 1870 im sogenannten Wiener Hochverratsprozess.

Heinrich Oberwinder, Johann Most, Andreas Scheu, Johann Pabst – wem sagen diese Namen heute, hundertfünfzig Jahre später, noch etwas? Kaum jemandem. Nun, der Wiener Hochverratsprozess begann am 4. Juli 1870 im Wiener Landesgericht unter strengen Sicherheitsvorkehrungen. Der Prozess richtete sich gegen vierzehn führende Arbeiterfunktionäre. Mit Ausnahme von Heinrich Oberwinder alles manuelle Arbeiter. Von Johann Schönfelder abgesehen, der 50 Jahre alt war, waren sie alle sehr jung, zehn waren jünger als 30 Jahre.

Am 18. November 1867 wurden die Statuten des ersten Wiener Arbeiterbildungsvereines genehmigt. Dieser wurde zum Zentrum der sich rasch entwickelnden organisierten ArbeiterInnenbewegung, in allen Industriegebieten entstanden Arbeiterbildungsvereine. In ihnen wurden sowohl gewerkschaftliche als auch politische Fragen und Anliegen diskutiert und Forderungen erhoben. Das Gericht stützte sich in seiner Anklage im Wesentlichen auf das Eisenacher Programm der deutschen Sozialdemokratie mit seiner Forderung nach Erreichung des „demokratischen Volksstaates“ und dem Grundsatz „Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grad ungerecht und daher mit größter Energie zu bekämpfen.“ Im Reichsrat waren nur die besitzenden Klassen vertreten, die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für alle StaatsbürgerInnen musste damals als hochverräterisch angesehen werden. Die Angeklagten waren auch Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), der „Ersten Internationalen“ (Bei der IAA war man als Individuum Mitglied, anders als bei allen folgenden Internationalen, wo Parteien Mitglied waren / sind, Anm.). Regierungen und Geheimdienste vieler Staaten überwachten und verfolgten deren Bestrebungen und Aktionen.

Anlass für die Gerichtsverhandlung war eine am 13. Dezember 1869 vom Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein abgehaltene Protestkundgebung vor dem Reichsratsgebäude in der Währinger Straße, die etwa 20.000 Teilnehmer fand. Sie zielte auf politische und gewerkschaftliche Rechte der Arbeiterschaft ab. In der Folge wurden die verantwortlichen Organisatoren der Veranstaltung unter dem Vorwurf des Hochverrats festgenommen und wegen ihrer „staatsgefährdenden“ Gesinnung angeklagt. Trotz fehlender Beweise wurden am 19. Juli 1870 vom Gericht – in „bester“ Klassenjustiz – Urteile gesprochen. Heinrich Oberwinder wurde zu sechs Jahren Haft verurteilt. Die anderen Spitzenvertrauensmänner der organisierten Arbeiterschaft wurden zu fünf Jahren Kerker verurteilt. Die weiteren zehn Angeklagten wurden zwar von der Anklage des Hochverrats freigesprochen, aber wegen „Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit“ zu mehrmona-

Auszug aus „Trotz alledem“ von Ferdinand Freiligrath

*Nur, was zerfällt, vertratet ihr!
seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir
sind ewig drum, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem
so kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht
unser die Welt trotz alledem!*



parlament.gv.at

Zusammen mit Karl Hans Sailer und den prominenten Genossen Bruno Kreisky, Franz Jonas, Otto Probst und Anton Proksch stand die St. Pöltnerin Maria Emhart im März 1936 beim großen Sozialistenprozess als zweite Hauptangeklagte vor Gericht

tigen Gefängnisstrafen verurteilt. Nach dem Prozess lösten die Behörden die meisten Arbeiterbildungsvereine auf, von denen die Mehrheit nur wenige Monate lang existierte. Diese Schließungen lösten neue Proteste und mehrtägige Krawalle aus, was die Regierung zu einem neuen Koalitions-gesetz veranlasste. Es ist überliefert, dass der achtzehnjährige Gymnasiast Victor Adler mit seinem Freund Engelbert Pernerstorfer in die Redaktion der Zeitung der Sozialdemokraten kam und dort einen für die Inhaftierten bestimmten Geldbetrag übergab. Im Februar 1871 hob das Oberlandesgericht aus formellen Gründen die Urteile auf, die Arbeiterfunktionäre wurden amnestiert.

1870 und 1936 waren die Behörden durch Verräter und Spitzel fast lückenlos über die Aktivitäten der Parteiführung informiert. Beide Male vermochten die behördlichen Verfolgungen allerdings nicht die Entfaltung der Bewegung zu verhindern: Am 5. und 6. April 1874 wurde in Neudörfel die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet. Und auch Austro- und Nazifaschismus hat unsere stolze Bewegung überstanden!

Dieser von Anton Bergauer ergänzte Artikel basiert auf dem gleichnamigen Beitrag von Herbert Steiner in Karl R. Stadler „Sozialistenprozesse – Politische Justiz in Österreich 1870-1936“, Wien 1986, S. 13-30. Heinrich Scheu, nicht-angeklagter Bruder von Andreas, stenografierte während des Prozesses mit und veröffentlichte seine Mitschrift.

Anton Bergauer ■

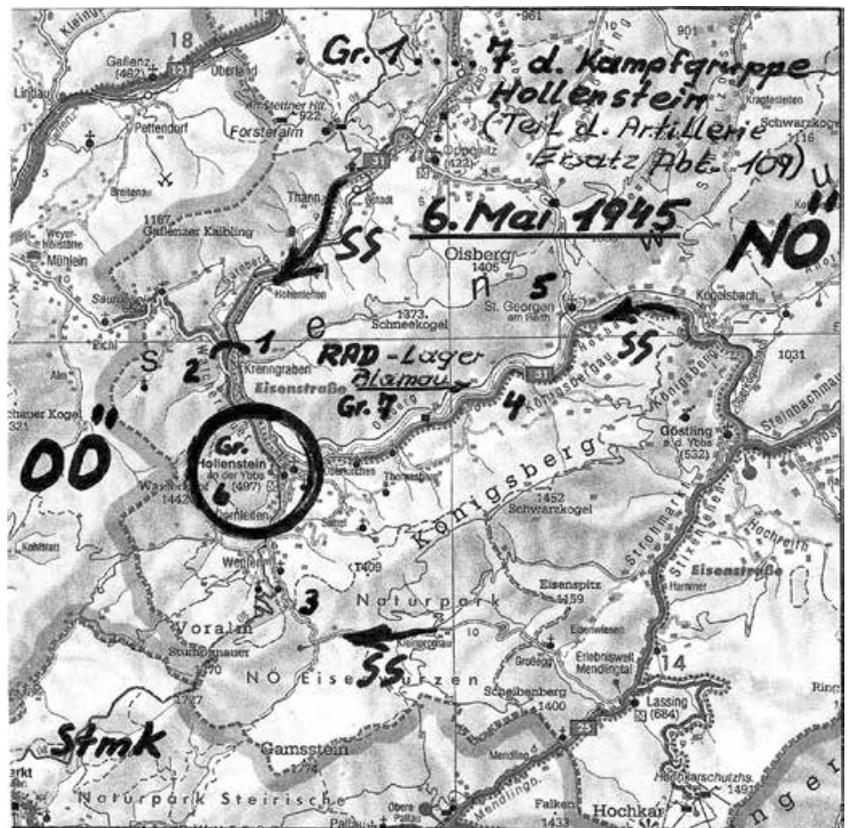
Hugo Pepper und der Aufstand der Kampfgruppe Hollenstein

Die Erinnerung an Hugo Pepper im Sozialdemokratischen Kämpfer 1/2020 anlässlich seines hundertjährigen Geburtstages führt mit dem 75-jährigen Jubiläum der Befreiung Österreichs und dem Weltkriegsende in Europa am 8. Mai 1945, zu einem bedeutenden Aspekt seiner Lebensgeschichte: dem WIDERSTANDSKÄMPFER Leutnant Hugo Pepper.

Der erfolgreiche Aufbau einer Widerstandsgruppe in der deutschen Wehrmacht ab 1943 führte Ende 1944 zur Verlegung der Artillerie-Ersatz-Abteilung 109 von Brünn nach Amstetten. Ziel der Widerstandsbewegung war es, eine schlagkräftige Truppe innerhalb des österreichischen Staatsgebietes (Wehrkreiskommando XVII) zusammenzuziehen. Eine Schlüsselrolle kam dem Ausbildungsstützpunkt Hollenstein a. d. Ybbs zu, wo Lt. Hugo Pepper ein wichtiges Kommando innehatte und dadurch Zentrum des Aufstandes wurde.

Ziel und Aufgabe der Widerstandsgruppe war es, die vom Gauleiter von „Oberdonau“ Eigruber versuchte Errichtung einer „Ennslinie“ (in Verbindung mit den vagen Plänen einer „Alpenfestung“) zu stören und durch Sabotage die Sprengvorbereitungen an Brücken, E-Works und Industrie zu verhindern. Es sollten Durchbruchstellen für die vorrückenden Truppen der Roten Armee, welche nach der Befreiung Wiens im Raum Prinzersdorf a. d. Pielach zum Stehen kamen, geschaffen werden.

Der tatsächliche Verlauf des Aufstandes und der Aktionen war durch die ständige Bespitzelung durch Partei und Gestapo im „Verteidigungsbezirk“ im Zusammenspiel mit dem Netz der Feldgendarmarie stark beeinträchtigt. Es gelang aber immer wieder die Nachrichtenverbindungen zwischen der Ostfront und Linz lahmzulegen. Ein schwerer Rückschlag war Anfang Mai die Umstellung der Kaserne Amstetten durch die SS und darauf folgende Verhaftungen. In der Nacht vom 4./5. Mai wurde Kommandeur Hptm. Estermann vom „Panzerjagdkommando“ aus den Händen der Gestapo befreit und nach Hollenstein gebracht. Diese Aktion und Verrat führte zu den veränderten abschließenden Ereignissen. Alles musste jetzt sehr schnell gehen, da SS-Verbände mit schweren Waffen aus drei Richtungen anrückten (siehe Karte). Die Kampfgruppen 1 bis 5 bezogen Sicherungs- und Sperrstellungen. Die Gr. 6 besetzte Post und Bahn und verhaftete sämtliche Führer der NSDAP und des Volkssturmes. Polizei und eine Gruppe des RAD (Reichsarbeitsdienst), welcher zu dieser Zeit Himmler unterstellt war und das letzte Aufgebot darstellten, wurden entwaffnet.



Gr. 7, unter der Führung von Hugo Pepper, überfiel und überwältigte den Führungsstab der RAD-Gebirgsbrigade im Lager Blamau. Die Aktion war um ca. 8:00 Uhr abgeschlossen. In der Schulchronik von Hollenstein werden diese und folgende Ereignisse als „Blutsonntag“ benannt. Die Bevölkerung war von der wahnwitzigen Idee einer Verteidigung des Ortes nicht mehr überzeugt. Die erwarteten Befreiungstruppen kamen jedoch nicht und die SS-Verbände rückten nach schweren Kämpfen ein. Sie entwaffneten bzw. erschossen standrechtlich Soldaten des Stützpunktes. Polizei und RAD wurde wieder bewaffnet. Lt. Hugo Pepper entkam über den Lassingpass in die Steiermark. Auch einem Teil seiner Truppe gelang im allgemeinen Tumult die Flucht. Ein Teil geriet in amerikanische oder russische Gefangenschaft und wurde als Partisanen anerkannt.

Gen. Leutnant Hugo Pepper betonte in seinen Erinnerungen den praktischen Nutzen des Aufstandes. Trotz erheblicher Verluste der Kampfgruppe Hollenstein gelang es den gesamten Raum südlich Amstettens derart in Unruhe zu versetzen, dass sämtliche Brücken und das Kraftwerk-Opponitz der Zerstörung entgingen. Der Rückzug der meist deutschen SS-Verbände wurde stark behindert, was vor allem die nach Osten vorstoßenden US-Truppen wesentlich unterstützte.

Gerhard Taschler ■

Ökonomie der Zerstörung

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung standen nach 1933 unter dem Vorzeichen der Kriegsvorbereitungen. Auch gegen Widerstände in der Bevölkerung auf Grund eines sinkenden Lebensstandards wurde das Primat der Rüstung durchgehalten. Trotzdem konnte die rücksichtslose Rüstungspolitik die Abhängigkeit des NS-Regimes von Importen wichtiger Rohstoffe nicht verringern und damit auch vom Zugriff auf große Devisenmengen. Der Ausweg, den Hitler und seine Führungsriege anstrebten, war daher ein schneller Krieg gegen potenzielle Feinde, die gegenüber dem NS-Regime durch Zaudern und Zögern Fehler begingen.

Die **nationalsozialistische Arbeitsmarktpolitik**, die einen Übergang von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung einleitete, war für die Zustimmung zum nationalsozialistischen Regime von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Insbesondere die Beliebtheitswerte Hitlers stiegen. Dieser Gewinn an Zustimmung und Legitimation verdeckte in der öffentlichen Wahrnehmung offenkundige Unzulänglichkeiten wie eine sehr ungleichmäßige Lohnentwicklung oder häufige Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln.

Anspruch und Wirklichkeit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik waren oft durch Widersprüche gekennzeichnet. Die gigantische Rüstungspolitik ließ auf der anderen Seite die Konsumgütermärkte einbrechen, obwohl das Ziel war, dass Konsumgüter und Panzer gleichzeitig und parallel produziert werden. Trotz eines Zielkonfliktes, der sich aus dieser Doppelstrategie entwickelte, trieb die nationalsozialistische Führung die Aufrüstung weiter voran, auf ein Niveau, was das Leistungsvermögen von Wirtschaft und Gesellschaft komplett überforderte. Bereits 1935 ist ein tragfähiger wirtschaftlicher Aufschwung in Gang gekommen, der eine weitere Verschuldung und staatliche Ausgabenpolitik zur Bekämpfung der Krise überflüssig gemacht hätte. Denn im Jahre 1935 hat die Industrieproduktion den Vorkrisenstand von 1928 erreicht. Die Ankurbelung der Konjunktur schlug sich jedoch nicht in der Stärkung des Massenkonsums nieder. Der Grund lag in einem eklatanten Rohstoff- und Devisenmangel. Trotzdem kam es zu keiner Rückkehr zu einer liberalen Binnen-

und Außenwirtschaftspolitik, obwohl dies wirtschafts- und währungspolitisch gefordert gewesen wäre. Der Übergang zu einer verstärkten Wirtschaftslenkung und Kommandowirtschaft wird durch die Verkündung des Vier-Jahres-Planes im Jahre 1936 dokumentiert, der zudem die Autarkiepolitik vorantreiben sollte.

Anspruch und Wirklichkeit klappten auch zwischen den Verheißungen der Propaganda und sozial-ökonomischen Realität. Die

nationalsozialistische Propaganda agitierte gegen die Großindustrie und Großbanken, Warenhäuser und große Gewerkschaften. Der NS-Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand und der Agrarpolitische Apparat der NSDAP wollten für den Schutz der Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden und Bauern eintreten. Doch die Städte, die Erweiterungsprogramme entwickelten, wuchsen, die Landbevölkerung ging zurück, der Anteil der Industrie am Sozialprodukt stieg bis zum Kriegsbeginn

stetig an, Säkularisierungserscheinungen beschleunigten sich. Als Verlierer gingen jene beiden Gruppen hervor, die vor der Machtergreifung die größten Unterstützer der NSDAP waren: die Bauern und der gewerbliche Mittelstand.

Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit zeigt sich vor allem auch in der nationalsozialistischen Frauenpolitik. Die NS-Ideologie war gegenüber den Frauen äußerst konservativ orientiert. Sie sah die Frau in der Rolle als Ehefrau und Mutter. Die Frau sollte sich auf die Kinder und den Haushalt konzentrieren. Die Nationalsozialisten ergriffen eine Reihe von verschiedenen familien- und arbeitsmarktpolitischen Gesetzgebungsmaßnahmen, die gegen die weibliche Erwerbsarbeit gerichtet waren. Jedoch konnten diese Gesetzesinitiativen den Trend zur Säkularisierung und zu einer zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit nicht stoppen oder umkehren. Zur Regelfamilie entwickelten sich Ein- oder Zweikinderfamilien. Zudem stieg insbesondere im Krieg die Anzahl der Industriearbeiterinnen stark an, die den Arbeitskräftemangel mit kompensieren mussten.

Der Krieg brachte die Wende in einen qualvollen Untergang des nationalsozialistischen Staates. Dem Regime fehlten schlicht die Ressourcen, um die Barbarei zu vollenden. Doch anstatt der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik an dieser Erkenntnis auszurichten, riss das totalitäre Regime den Kontinent in den Abgrund.



Propagandistischer Sonderdruck über einen „nationalsozialistischen Musterbetrieb“, 1938

Claus Michl-Atzmüller beschäftigt sich im folgenden Beitrag mit dem Thema Wirtschaftspolitik im Nationalsozialismus.

Claus Michl-Atzmüller ■



Antifaschistisches Netzwerk Kärnten/Antifašistična mreža Koroške
 ARGE der NS-Opferverbände Österreichs

Klagenfurt/Celovec & Wien, 27. April 2020

Sehr geehrter Herr Innenminister Karl Nehammer,

wir ersuchen Sie, das alljährlich für den Monat Mai am Loibacher Feld/Libuško polje bei Bleiburg/Pliberk anberaumte Treffen des Vereins „Bleiburger Ehrenzug“ durch entsprechende Schritte für alle Zukunft zu unterbinden. Das Treffen ist, wie sie sicher wissen, Treffpunkt von Kroaten, die den faschistischen Vasallenstaat Hitler-Deutschlands und seine Ustascha-Armee verklären, sowie von Rechtsextremen und Neonazis aus ganz Europa. Weder die Gemeinde Bleiburg/Pliberk noch die Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt/Velikovec, weder die Landes- noch die Bundesbehörden waren bisher bereit, daraus ihre Konsequenzen zu ziehen und dem Beispiel der Gurker Diözese zu folgen, die getan hat, was in ihrer Kompetenz liegt und eine kroatische Bischofsmesse am Loibacher Feld/Libuško polje untersagt hat.

Das Treffen wird heuer wegen der Maßnahmen gegen das Corona-Virus nicht stattfinden. Das heißt jedoch nicht, dass es für das kommende Jahr nicht wieder geplant wird. Wir meinen daher, dass es an Ihnen als Innenminister liegt, die Entscheidung darüber nicht epidemiologischen Zufällen zu überlassen, sondern auf Grundlage der gesetzlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen die Veranstaltung des „Bleiburger Ehrenzugs“ auf österreichischem Boden ein für alle Male zu verbieten. Ein Verbot von Ustascha-Symbolen bei dieser Veranstaltung kann jedenfalls kein Ersatz für ein Verbot sein, denn erstens ist ein solches, wie hinreichend dokumentiert, bei tausenden oder zehntausenden Teilnehmenden nicht durchsetzbar, und zweitens bleibt eine nazi-affine Veranstaltung auch ohne Hakenkreuze und ohne Ustascha-Symbole eine nazi-affine bzw. faschistische Veranstaltung. Zudem weisen wir darauf hin, dass eine derartige Veranstaltung des „Ehrenzugs“ selbst in Kroatien aus verfassungsmäßigen Gründen nicht stattfinden darf, und dass auch der derzeitige Präsident Zoran Milanovic im Unterschied zum bisherigen Verhalten der kroatischen Staatsführung persönlich nicht bereit ist, an der Veranstaltung am Loibacher Feld/Libuško polje teilzunehmen. Österreich soll kein Staat sein, der für die schweigende Zustimmung zum Treiben des „Bleiburger Ehrenzuges“ internationale Kritik erntet. Faschistischen und menschenverachtenden Ideologien darf ein demokratischer Staat Österreich keinen Raum zur Entfaltung bieten, sondern muss sich rigoros von diesen distanzieren.

Wir überreichen Ihnen diesen Brief am 27. April, im 75. Jahr der österreichischen Unabhängigkeitserklärung, die 1945 im Wiener Rathaus von Vertretern der drei Gründungsparteien der Zweiten Republik (SPÖ, ÖVP und KPÖ) unterzeichnet wurde, und in der die Abgrenzung vom Nazi-Faschismus als Grundstein der Zweiten Republik festgehalten wird.

Wir hoffen in diesem Sinne auf Ihre positive verfassungskonforme Entscheidung und verbleiben mit freundlichem Gruß,

Andrej Mohar
 für das Antifaschistische Netzwerk
 Kärnten/Antifašistična mreža Koroške

Dr. Winfried R. Garscha
 für die Arbeitsgemeinschaft der
 NS-Opferverbände Österreichs

KR Dr. Gerhard Kastelic
 für die ÖVP Kameradschaft
 der politisch Verfolgten und
 Bekenner für Österreich

Dr. Gerald Netzl
 für den Bund
 Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen,
 Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

Harald Grün
 für den KZ-Verband/VdA – Verband österreichischer
 AntifaschistInnen, Widerstands-kämpferInnen und
 Opfer des Faschismus

**Offener Brief
 der ARGE der
 NS-Opferverbände
 an Innenminister
 Karl Nehammer**



Herzliche Gratulation



Altbürgermeister Alfred Stingl, Archivarin Anja Grabuschnig, Gratulant Heinz Mang, AK-Präsident Josef Pessler und Landesvorsitzender Werner Anzenberger.

Heinz Mang, der vor allem durch sein Engagement um die sozialistische Arbeiterbewegung bekannt ist, feierte am 1. Juli 2020 seinen **90. Geburtstag**. Zu diesem Anlass luden der Landesverband Steiermark der Sozialistischen FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen unter Werner Anzenberger und der Präsident der Arbeiterkammer Steiermark Josef Pessler zu einem kleinen, gemütlichen Empfang. Wir gratulieren recht herzlich!

HEFTTERMINE 2021

Die Redaktion bedankt sich bei allen AutorInnen und GastautorInnen, die zum Gelingen unserer Zeitung beitragen.
Hiermit geben wir die Redaktionsschlüsse für 2021 bekannt:

Heft 1: Freitag, 26. Februar 2021	Heft 2: Freitag, 28. Mai 2021	Heft 3: Freitag, 3. September 2021	Heft 4: Freitag, 26. November 2021
---	---	--	--

Bitte sendet eure Beiträge samt Bildmaterial – am besten nach Rücksprache mit Genossen Gerald Netzl oder Genossen Martin Oppenauer – jeweils bis 15.00 Uhr an martin.oppenauer@spoe.at.

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Wilhelm L. Anděl, Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Waltraud Barton, Anton Bergauer, Klaus Bergmaier, Josef Fiala, Heinrich Fink, Gerold Gruber, Brigitte Höfert, Vinzenz Jobst, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Martin Oppenauer, Brigitte Pellar, Samuel Puttinger, Kevin Schal, Sabine Schatz, Markus Schratte, Christoph Schribl, Georg Spitaler, Evelyn Steinhäler, Gerhard Taschler, Peter Weidner.

Grafische Gestaltung: Wien Work - Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1. Juli 2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 4. September 2020

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichte Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M